

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 2,50 M., im Voraus zahlbar. Postbezug 4,25 M., einschließlich 60 Pf. Poststeuer; 9- und 72 Pf. Postbezug für den Auslandabonnent 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderzeitung“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Fremdenzimmer“, „Licht“, „Bild in die Buchwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einblättrige Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ ist eine „Klein-Ausgabe“ des „Vorwärts“ (12 Blätter) und wird zweimal wöchentlich (Sonntags und Montags) herausgegeben. Sie kostet 10 Pf. und ist in allen Buchhandlungen und Zeitungsvertriebsstellen zu beziehen. Ferner ist sie durch den „Vorwärts“-Verlag, Berlin, zu beziehen.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 293-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkscheckkonto: Berlin 37536. - Bankkonto: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 6, 2. u. 3. Etage, Telephonliste Lindenstr. 3.

Die Entscheidung vertagt.

Das Reichskabinett berät am Montag weiter.

Amtlich wird mitgeteilt: In der gestrigen Kabinettsitzung wurden die Besprechungen über die Einnahmeseite des Haushalts fortgesetzt. Da über eine Reihe von Punkten eine Einigung nicht erzielt wurde, werden die Beratungen am Montagvormittag fortgesetzt.

Das Reichskabinett hat sich am Freitag nochmals mit den Vorschlägen des Reichsfinanzministers Dr. Noldehauer über den Etat 1930 beschäftigt. Aber auch in dieser Sitzung ist es nicht gelungen, die Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken und eine Verständigungsgrundlage zu finden, die den Bestand der Reichsregierung

und das Zusammenwirken der jetzigen Regierungskoalition sichert.

In den beiden Hauptfragen: Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung und Heranziehung der leistungsfähigen Schichten durch ein Rotopfer zur Einkommensteuer als Ausgleich für die Erhöhung der Verbrauchsteuern ist nach wie vor ein erheblicher Gegensatz vorhanden. Neben den Meinungsverschiedenheiten in diesen beiden Hauptfragen bestehen ferner noch große Gegensätze in vielen Einzelheiten. Die Zuspitzung der politischen Situation ist noch nicht befeitigt.

Am Montagvormittag wird das Reichskabinett nun abermals versuchen, zu einer Einigung zu gelangen.

(Siehe auch 2. Seite.)

Deutschland bleibt naß.

Das Schankstättengesetz.

Von Wilhelm Sollmann.

Das Alkoholgewerbe, die Alkoholinteressenten und die alkoholfreundliche große Presse werden sicher von sehr klugen Männern geführt. Manchmal sind sie so klug, daß unsereiner sie nicht mehr zu begreifen vermag. So haben sie durch unzählige Marmartikel das Gemeindefestimmungsrecht, also die Möglichkeit eines drilichen Verbots des Ausschanks geistiger Getränke, das bis vor wenigen Jahren in Deutschland selbst für Juristen ein Fremdwort war, in einem wahren Rekordtempo zu einer volksfremlichen Forderung für Millionen Volksgenossen gemacht. „Prohibition“ und „Trockenlegung“ waren den Deutschen noch bis in die jüngste Vergangenheit ganz fremde Begriffe. Dann aber haben Alkoholgewerbe und alkoholfreundliche Presse eine Prohibitionsbewegung für Deutschland erfunden und sie in vielen Millionen Zeitungsblättern, in ungezählten Karikaturen populär zu machen gewußt. Wir, der ich als einer der an Kampffahren ältesten Abstinenten in Deutschland, mich immer gegen die unmögliche Forderung einer allgemeinen Trockenlegung Deutschlands gemandt habe, wird es allmählich schwer, optimistische Illusionen zu zerstören, die durch die alkoholfreundliche Presse bei den Alkoholgegnern wachgerufen werden.

Seit Wochen wird in der Alkoholpresse eine wahre Animierstimung erzeugt durch große Ueberschriften wie „Beginn der Trockenlegung in Deutschland“ — „Sieg der Trocken im Reichstag“ — „Die Prohibition marschieren“. Bis nach San Franzisko wird in Riesentönen die Phantastie verbreitet, daß im Deutschen Reichstage, soweit Young-Plan und Finanzkampf Zeit lassen, noch eine Entscheidungsschlacht zwischen „Nassen“ und „Trockenen“ tobe.

Was aber ist an alledem? Nichts!

Richtig ist nur, daß der Reichstag sich zum so und sovielen Male bemüht, die in der Gewerbeordnung, im Strafgesetzbuch, im Rotgesetz und in einigen Spezialgesetzen und Bundesratsverordnungen verstreuten Bestimmungen über die Führung des Gast- und Schankgewerbes in einem Reichsgesetz zusammenzufassen. Kennenswert Neues enthält die Regierungsvorlage überhaupt nicht. Sie ist ein schwerer Rückschritt gegen das Schankstättengesetz des volksparteilichen Wirtschaftsministers Dr. Becker vom Jahre 1923, das ein Gemeindefestimmungsrecht und das sogenannte Gothenburger System, also die Bevorzugung von alkoholgegnerrischen gemeinnützigen Vereinen bei der Konzessionserteilung bringen wollte. Nur die Kommunisten haben diesmal im Volkswirtschaftlichen Ausschuh die Wiederherstellung der Regierungsvorlage aus dem Jahre 1923 beantragt. Die sozialdemokratischen Mitglieder haben trotz grundsätzlicher Zustimmung diese kommunistischen Anträge abgelehnt, weil in diesem Reichstage eine Mehrheit dafür nicht zu haben ist.

Dagegen hat sich im Volkswirtschaftlichen Ausschuh eine Mehrheit für einige sehr bescheidene Verbesserungen zusammengefunden. Prüfen wir, ob sie die ungeheure Aufregung lohnen, die sie in der Fachpresse des Alkoholgewerbes und in einem großen Teile der Tagespresse hervorgerufen haben.

Nach dem neuen Gesetz darf die Erlaubnis für den Betrieb einer Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder den Kleinhandel mit Branntwein nur erteilt werden, wenn ein Bedürfnis nachgewiesen wird. Das war bisher schon im allergrößten Teile des Reiches rechtens. Gastwirte, Alkoholgegner und Verwaltungspraktiker klagen beinahe einmütig darüber, daß der Begriff „Bedürfnis“ ganz willkürlich ausgelegt wird. Starke Mißstände und Parteilichkeit in der Prüfung der Bedürfnisfrage werden allgemein behauptet. Gastwirteorganisationen haben schon vor Jahren angeregt, die Zahl der Wirtschaften in ein gewisses Verhältnis zur Einwohnerzahl zu bringen. Eine solche Relation besteht schon in mehreren europäischen Ländern, ohne daß dort ein vernünftiger Mensch darin ein Mittel zur „Trockenlegung“ sähe.

In Deutschland ist auch nach den ständigen Klagen der Gastwirte die Zahl der Wirtschaften viel zu groß. Das Gastwirtschaftsgewerbe ist wahrhaftig nicht auf Rosen gebettet. Aus allen diesen Gründen hat der Volkswirtschaftliche Ausschuh beschlossen, als Richtlinie für die Bejahung des Bedürfnisses eine Basislinie auf je 100 Einwohner zu bestimmen. Das soll aber nur für neu zu errichtende Betriebe oder für die Ausdehnung bestehender

Der Rücktritt Orzeszinski.

Einmündiges Vertrauensvotum der sozialdemokratischen Fraktion für Orzeszinski.

Die Tatsache des Rücktritts des preußischen Innenministers Genossen Orzeszinski und die Ernennung des Genossen Oberpräsidenten Dr. Warnig zu seinem Nachfolger hat gestern den Landtag hart bewegt. Diese Mitteilung des Ministerpräsidenten, die der Landtagspräsident Genosse Bartels zu Beginn der Sitzung verlesen hatte, war so überraschend gekommen, daß selbst Kommunisten und Nationalsozialisten der Ausdruck der Freude im Halle finden blieben. Schwiegend — viele befürtzt — nahmen die Abgeordneten die unerwartete Nachricht entgegen.

Der Rücktritt des Genossen Orzeszinski hat keinerlei politische Gründe. Die Hege einiger Demokratenblätter wegen der Befreiung freigewordener Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten war längst ausgeräumt. Die Regierungskoalition in Preußen stand fest zusammen wie nur je. Das Vertrauensvotum, das heute auf der Tagesordnung gestanden hatte, wäre im Falle der Zustimmung mit mindestens 20 Stimmen Mehrheit abgelehnt worden. Zu allem Ueberflus hatten neben den Regierungsparteien auch die der Hugenberg-Führung entronnenen Deutschnationalen erklärt, daß sie bei dem Bößsinn der kommunistischen Mißtrauensanträge ohne Grund und Ziel nicht mehr mitmachen würden.

Der Rücktritt des Innenministers Genossen Orzeszinski hat lediglich persönliche Gründe. Genosse Orzeszinski ist krank und soll auf den dringenden Rat der Ärzte in den nächsten Wochen nicht arbeiten. Bis zur völligen Wiederherstellung des preußischen Innenministeriums ohne veranlassenden politischen Ober zu lassen, hat er mit seiner strengen Pflichtauffassung nicht vereinbaren können. So ist er trotz allen Abredens zurückgetreten.

Zur Krankheit des Genossen Orzeszinski haben aber den Hauptteil die insamen persönlichen Hegeereien beigetragen, denen er in den letzten Wochen ausgesetzt war. Man kann darüber sehr offen reden: Genosse Orzeszinski lebt seit mehr als einem Jahrzehnt von seiner Frau getrennt; er lebt seit Jahren mit der Frau seiner Zuneigung zusammen. Diese höchst einfache Tatsache ist seit Monaten zu den größten Verleumdungen und Schimpfereien mißbraucht worden. Lumpen aller Richtungen haben sich zusammengefunden, um mindestens jeden Tag einmal im Landtag von den Eheverhältnissen des Ministers Orzeszinski zu sprechen. Genosse Orzeszinski hätte die Hunderttausende andere seine Lebensführung tadeln können. Er hat das stets abgelehnt, weil er mit Recht geglaubt hat, daß in seiner Haltung nichts zu verbergen und nichts zu verstecken sei. Aber die täglichen geistigen Mardersche haben doch seine Gesundheit untergraben, das Gift der Verleumdung hat gewirkt.

Ein Mann, der sich bisher Sozialdemokrat nannte, hat sich diesem ehrlosen Treiben gegen den Genossen Orzeszinski angeschlossen. Der Senatspräsident am Obergerichtspräsidenten Dr. Grünher, hat die Fraktionen der preußischen Regierungskoalition der Hege dienstbar machen wollen, so daß das „Berliner Tageblatt“ — das von diesem Manne weit abdrückt — das Folgende mitteilen kann:

„Hebrigens gingen die Angriffe auf das Privatleben des Ministers nicht nur von der Rechten aus. Sie fanden vielfach Unterstützung im Kreise seiner eigenen Partei.

freunde. So wurde im Landtage gestern bekannt, was übrigens einem engeren Kreise schon vorher bekannt war, daß der der Sozialdemokratischen Partei angehörige Senatspräsident am Obergerichtspräsidenten Dr. Grünher am 3. Februar an den Ministerpräsidenten Brauns ein Schreiben gerichtet hat, das über das Privatleben des Ministers Orzeszinski in einem Tone von moralischer Entrüstung Beschwerde führt, einzelne Vorfälle einer scharfen Kritik unterzieht, Beispiele aus der Kaiserzeit heranzieht, in denen Beamte wegen ähnlicher Dinge gemahnt worden sind, auch an den Berliner Polizeipräsidenten appelliert, ferner von Disziplinarverfahren gegen andere Beamte vor dem Obergerichtspräsidenten erzählt und in dem Tone einer schlecht verhaltenen Drohung die Möglichkeit erörtert, daß im Zusammenhang mit einem solchen Disziplinarverfahren auch das Verhalten des preußischen Innenministers vor dem preußischen Obergerichtspräsidenten zur Erörterung kommen könnte.

Herr Grünher, der sich übrigens auch als sozialdemokratisches Aushängeschild eines fast ausschließlich von rechtsgerichteten Persönlichkeiten gebildeten Amnestieausschusses gebrauchen läßt, hat sein Schreiben, offenbar um ihm größeren Nachdruck zu geben, auch den Fraktionen der preußischen Regierungskoalition überreicht.

Das Hineinreichen in die privaten Angelegenheiten eines Politikers, wie es gegen den Genossen Orzeszinski geübt worden ist, stellt die schlimmste Verwilderung der politischen Moral dar, es ist die Einführung des erpresserischen Strohstrahms in die Politik, dazu ein Ausfluß heuchlerischer doppelter Moral. Diese schmutzige und niederträchtige Komplexweise hat ein Opfer mehr erfordert.

Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern einstimmig dem Genossen Orzeszinski Dank und Vertrauen votiert und ihm die herzlichsten Wünsche für seine baldige völlige Wiederherstellung übermittelt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat einmütig beim Parteivorstand den Antrag gestellt, Grünher wegen ehrlos und parteischädigenden Verhaltens aus der Partei auszuschließen.

Die sozialdemokratische Fraktion war sich einmütig in dem Entschlus, unbeirrt durch Verleumdungsreden die bisherige Politik in Preußen fortzusetzen und mit geschlossener Kraft auch den neuen Minister, Genossen Doernig, zu unterstützen. So wird die sozialdemokratische Fraktion dafür sorgen, daß die Freude ihrer Freunde, die sich schon heute kaum zu äußern wagte, kurzlebig sein wird.

Politische Gebete unterjagt.

Labourregierung gegen Politisierung der Flotte.

London, 28. Februar. (Eigendbericht.)

Die britische Regierung hat „angesichts des politischen Charakters der Auseinandersetzungen über die Religionsverfolgungen in Rußland“ angeordnet, daß die von der Parlinegeistlichkeit offiziell vorgeschriebenen Gebete „für die verfolgten Christen in Rußland“ einzustellen seien. Dieser Befehl der Admiralität gibt der konservativen Presse Gelegenheit zu neuen Angriffen gegen die Labourregierung, wegen ihrer Haltung gegenüber den Vorgängen in Rußland.

Betriebe gehen. Es ist also blanker Unsinn zu behaupten, der Reichstag wolle 100 000 Gastwirte ruinieren. Für bestehende Wirtschaften kommt die Verhältniszahl überhaupt erst in Betracht, wenn der Erlaubnisinhaber stirbt oder seinen Betrieb übertragen will. Auch dann fällt Uebertragung an Verwandte und Verschwägerten nicht unter die Verhältniszahl. Im übrigen sind nach der jetzigen Fassung des Paragraphen unzählige Ausnahmen möglich. Man darf daher zweifeln, ob die Verhältniszahl die auf der einen Seite erhoffte, auf der anderen Seite befürchtete Wirkung haben wird.

Gewaltige Aufregung verursacht die Polizeistunde. Nach dem Willen des Ausschusses soll die äußerste Grenze für die Polizeistunde im allgemeinen 1 Uhr sein. Es ist natürlich eine Verkürzung der Polizeistunde möglich und wünschenswert, wo die örtlichen Verhältnisse es erlauben. Es ist auch die Möglichkeit einer Verlängerung der Polizeistunde bei allen erdenklichen Anlässen und „in bestimmten Orten“ vorgesehen. Für die Sozialdemokratie ist die Polizeistunde keine alkoholgegnerische, sondern eine sozialpolitische Angelegenheit. Wir sind für möglichste Einschränkung der Nachtarbeit (z. B. Nachtbadverbot). Verkürzung der Polizeistunde wird von den Gastwirten angestellten aller gewerkschaftlichen Richtungen verlangt. Die Nachtruhe dieser Angestellten, unter denen sich viele weibliche Kräfte befinden, auch die Nachtruhe der in Wirtschaften oder deren Nähe wohnenden Leute, die früh um 5 oder 6 Uhr wieder an ihre Arbeit müssen, ist uns wichtiger als die Rücksicht auf ungezügelt Freizeit nachlässigen Amüsemens.

Unnötige persönliche Bevormundung und Moralistentum liegen der Sozialdemokratie fern. Die Kulturpartei der deutschen Arbeiter, die in ihrer überwiegenden Mehrheit mit den härtesten Sorgen ringen, hat aber keinen Anlaß, sich schüßend vor das mondäne Nachtleben zu stellen.

Arbeiterschutz ist für uns auch der Paragraph, der den obersten Landesbehörden das Recht gibt, den Schnapsauskauf an bestimmten Tagen, insbesondere an Lohntagen, zu verbieten. Dasselbe gilt für das von uns angeforderte Verbot der Verabreichung alkoholischer Getränke auf Borg. Uns interessiert der Alkoholismus von Leuten, die sich hohe Rechen leisten können, wenig. Wir wollen unsere Klassenossen und deren Frauen und Kinder, denen es an Brot und Kleidung fehlt, gegen die Schnapsflut schützen, soweit es gesetzlich möglich ist. Dabei sind wir uns darüber klar, daß wichtiger als jeder Gesetzesparagraph die Kulturarbeit unserer proletarischen Organisationsarbeit ist, die für die Entfesselung der Arbeiterklasse unendlich mehr getan haben, als alle Kirchen und alle Alkoholgegner zusammen.

Kaum umstritten ist das Schnapsverbot an Jugendlichen bis zu 18 Jahren, das Verbot sonstiger geistiger Getränke und Tabakwaren bis zu 16 Jahren. Das sind Forderungen der gesamten deutschen Jugendbewegung. Auch das Schnapsverbot auf Turn-, Spiel- und Sportplätzen ist eine fast allgemeine Forderung. Ob man, wie die Regierungsvorlage, ein Reklameverbot für Schnaps in den öffentlichen Verkehrsanstalten (Eisenbahn, Post, Straßenbahn usw.) vorsehen oder es auf alle geistigen Getränke ausdehnen soll, ist eine Frage geringer Bedeutung.

Das ist der wesentliche Inhalt des Schanzstättengesetzes. Es hindert keinen erwachsenen Staatsbürger, zu trinken, soviel er will und soviel er sich leisten kann. Es legt nicht einen einzigen Menschen trocken, geschweige denn ein Dorf, eine Stadt oder gar das Land. Zu einem fanatischen Streit für und wider bietet es nicht den geringsten Anlaß, aber Eiferer bedürfen eben keinerlei Anlasses, sich in Pro- oder Antiestafen zu verfehen.

Die Sozialdemokratie ist weder eine Alkohol- noch eine Abstinenzpartei. Sie ist weder „naß“ noch „trocken“. Sie leistet Sozial- und Kulturpolitik und prüft daher auch dieses Gesetz lediglich aus dem Willen zu einer höheren und reineren menschlichen Kultur.

Ein interessanter Antrag.

Wer hat die Inflation getwollt und herbeigeführt?

Dem Preussischen Landtag ist ein Antrag des Abg. Dr. Graf von Posadowsky-Wehner zugegangen, worin nach Ausführung einer Reihe von Aeußerungen einflußreicher deutscher Persönlichkeiten (Sinnes und Dr. Luther), aus denen eine abtliche Herbeiführung der deutschen Währungsinsflation hervorzugehen scheint, das Staatsministerium erucht wird, bei der Reichsregierung folgenden Antrag zu stellen:

„Die Reichsregierung wolle schleunigst ein Gesetz vorlegen, durch welches der Staatsgerichtshof beauftragt wird, zu untersuchen, ob und welche ausländischen Stellen, ob und welche amtlichen Personen und ob und welche Privatpersonen im Inland auf die planmäßige Steigerung des Dollarpriels gegenüber der deutschen Mark hingewirkt und damit planmäßig die deutsche Währung zerrüttet haben.“

Der Antrag kommt sechs Jahre nach der Stabilisierung reichlich spät. Ein Untersuchungsausschuß des Reichstags hat seiner Zeit die gleiche Untersuchung geführt, wobei namentlich die Devisengeschäfte von Sinnes durchleuchtet wurden.

Näher liegt uns der Veruch, die deutsche Währung zu erschüttern, der von den Leuten um Hugenberg zur Zeit der Pariser Verhandlungen systematisch unternommen worden ist. Wie wäre es hier mit einer Untersuchung?

In Santo Domingo ist zwischen den streitenden Parteien ein Waffenstillstand geschlossen worden, der Aussicht auf ein dauerndes Einvernehmen gibt.

Die Ehrengabe für Präsident Masaryk (20 Millionen Kronen gleich 250 000 M.) zu mahltigen und kulturellen Zwecken wurde vom Parlament beschlossen. Dagegen stimmen die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Hakenkreuzler. Die Stomatische Volkspartei blieb fern.

Verständigung oder nicht?

Immer noch erhebliche Gegensätze im Reichskabinet.

Ueber den bisherigen Gang der Beratungen des Reichskabinetts über die Deckungsfrage erfahren wir:

Für die Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung stehen jetzt nicht mehr jene Vorschläge ernsthaft zur Diskussion, die auf einen direkten oder indirekten Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung hingingen. Auch in der Deutschen Volkspartei scheint man angesichts des Widerstandes von Sozialdemokraten und Zentrum eingesehen zu haben, daß eine Verständigung ausgeschlossen ist, wenn der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung von 250 Millionen nicht wie bisher durch Darlehen des Reiches gedeckt wird.

Der bereits in der Donnerstagssitzung des Kabinetts erörterte Gedanke der Heranziehung der Festbeldenten für die Lasten der Arbeitslosenversicherung im Betrage von 100 Millionen Mark hat daher an Boden gewonnen.

Da gleichzeitig der Verkauf von 150 Millionen Reichsbahnobligationsaktien an die Sozialversicherung als gesichert gelten kann, wurden damit die notwendigen 250 Millionen aufgebracht.

Wegen der Vorschläge über die Steuererhöhungen bestehen jedoch immer noch sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Die von Dr. Rodenhauer vorgeschlagenen Steuererhöhungen bestehen fast ausschließlich aus Verbrauchssteuern. Auf keinen Fall sind sie so ausgeglichen, daß soziale Erwägungen dabei ausreichend berücksichtigt werden. Erhöhung der Biersteuer, des Kaffee- und Teezolls, Einführung der Mineralwassersteuer, Erhöhung des Benzinszolls bei gleichzeitiger Ermäßigung der Industriebelastung sind Maßnahmen, deren einseitiger Charakter so offenbar ist, daß starke

politische Widerstände verständlich sind. Dazu kommt, was man gerne übersehen mag, daß die Tabaksteuererhöhung mit einem Jahresertrag von 175 Millionen schon vor Monaten beschlossen ist.

Allen diesen Belastungen der Masse des Volkes steht keine entsprechende Gegenleistung der bestehenden Schichten gegenüber. Daher halten wir es nach wie vor für dringend erforderlich, daß der etwaige Zuschlag zur Einkommensteuer, durch den die hohen Einkommen zur Ueberwindung des Notjahres herangezogen werden, im Programm der Reichsregierung enthalten sein muß.

Neben diesen Meinungsverschiedenheiten in den beiden Hauptfragen aber bestehen noch große Gegensätze in vielen Einzelheiten. Gelegenheit über die Steuererhöhungen liegen bisher nicht vor. Bei einer ganzen Reihe der Vorschläge des Finanzministeriums aber kommt es nicht nur auf die allgemeinen Absichten an, sondern auch auf die einzelnen Wege zu ihrer Verwirklichung. Daher muß auch in diesen Punkten erst Klarheit geschaffen werden, ehe man sich zu den Absichten der Regierung äußern kann. Schließlich darf aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß zwischen den Regierungsparteien beim Sozialetat, dem Wehretat und einer Reihe von anderen mehr politischen Fragen ernste Streitpunkte vorhanden sind.

Wenn deshalb auch nicht verkannt werden soll, daß die Aufgabe der Abklärung der Arbeitslosenversicherung abzubauen und die Vereinfachung der von ihr benötigten Mittel den Konfliktstoff verringert, so besteht er doch in anderen Fragen unvermindert fort. Die Zuspitzung der politischen Situation ist daher noch nicht beseitigt.

Protest gegen Doumergue.

Warum hat er Briand übergangen? — Eine Kundgebung der Sozialisten.

Paris, 28. Februar. (Eigenbericht.)

Der dritte Tag der französischen Ministerkrise hat die heillose Verwirrung der innerpolitischen Situation um keinen Schritt ihrer Lösung näher gebracht. Im Gegenteil, die politische Atmosphäre monotonisch nach mehr vergrübelt. Zum ersten Male seit Beginn der Vera Doumergue scheint sogar die überparteiliche Person des Präsidenten der Republik in den Kampf mit einbezogen zu werden. Denn nicht nur bei den Sozialisten, sondern bis weit in das Lager der bürgerlichen Linken hinein werden immer mehr Stimmen laut, die

gegen das Verlassen Doumergues protestieren

und ihm vormerken, daß er, den Ruf der Präsidenten von Kammer und Senat mißachtend, wiederum Tardieu betraut habe, an Stelle eines gemäßigten Politikers zu berufen, oder wenigstens die Meinung aller Parteiführer zu hören, wie es die parlamentarische Tradition verlange, ehe er seine Entscheidung traf.

Die sozialistische Fraktion nahm am Freitag vormittag eine Entschliessung an, in der der

schärfste Protest gegen die künstliche Verlängerung der Krise

erhoben wird. Tardieu hat sich nämlich nicht nur vorbehalten, seine neue Regierung erst am nächsten Donnerstag dem Parlament vorzustellen, sondern auch den Termin für die Ausrückung seiner Ministerliste, den er selbst bis Ende dieser Woche bemessen hatte, eigenhändig auf Sonntag oder Montag verlängert. Die sozialistische Fraktion stellt deshalb in ihrer Entschliessung fest, daß angesichts der internationalen Konferenzen in London und Genf, deren Arbeiten infolge der französischen Krise unterbrochen werden mußten, und der drohenden innerwirtschaftlichen Krise das Experiment Tardieus zu teuer sei.

Gleichzeitig werden auch gegen den Polizeipräsidenten von Paris immer offener Anklagen laut, die besagen, Chlappe hätte die Straßendemonstration vor der Kammer, die den Sturz Chauptems begleitet hat, selbst organisiert; ein Gerücht, dessen Hintergründe in der innigen Busenfreundschaft zu suchen sind, die Chlappe und Tardieu nach der Innenministerzeit des letzteren verbindet, als sie gemeinsam ihren Bindmühlensumpf „gegen die rote Gefahr und für die Rettung des Vaterlandes vor der bolschewistischen Verschwörung“ ausföchten.

Tardieu selbst hat erklärt, daß er nach wie vor fest entschlossen sei, unter allen Umständen eine Regierung auf die Beine zu bringen.

Der sozialistische Beschluß hat in allen politischen Kreisen sensationell gemerkt. Die Gründe, welche die sozialistische Fraktion bewegten, den Namen des Präsidenten der Republik mit

in die Debatte zu ziehen, sind viel ernsterer Natur, als es bisher eine geschickte Verschleiervorgang erkennen ließ.

In Wirklichkeit spielt sich hinter den Kulissen ein harter Kampf um Briand und seine Außenpolitik ab.

Der Präsident der Republik, Gaston Doumergue, scheint mit Briand nicht mehr einverstanden zu sein und ihm eine allzu starke Neigung zum Rückgeben und zu Konzessionen vorzumerken. Jedenfalls steht fest, daß Briand keineswegs, wie man es bisher hätte durchblicken lassen, unter allen Umständen abgelehnt hätte. Die Regierungsbildung zu übernehmen, sondern daß Doumergue als auch Tardieu alles getan haben, um zu verhindern, daß Briand in die Lage käme, etwa eine bezeichnende Antwort zu geben. Es wird behauptet, daß sowohl Senatpräsident Doumer, als auch Kammerpräsident Bouisson dem Präsidenten der Republik Briand als einzigen Politiker bezeichnet haben, der imstande wäre, ein wirkliches Konzentrationskabinet mit Einschluß der radikal-sozialen zu bilden, und daß Doumergue trotzdem Tardieu beauftragt hat. Besonders in den Kreisen des Senats herrscht, seitdem das bekannt geworden ist, eine starke Mißstimmung gegen Doumergue, die ihren Ausdruck gefunden hat in der Stellungnahme der Gruppe der demokratischen Linken, die im Senat die bei weitem stärkste Fraktion bildet und der auch Senatoren angehören, die nicht Mitglieder der radikal-sozialen Partei sind.

Durch seine Freunde läßt Tardieu am Freitag abend verkünden, daß er unter allen Umständen das Kabinet bilden werde, und daß er schon jetzt einer Mehrheit von etwa 40 Stimmen sicher sei. In Wirklichkeit ist die Situation am Freitag abend nicht minder problematisch, als sie es am Vortage war. Daß es Tardieu schließlich gelingen wird, die nötigen individuellen Mitarbeiter zur Kabinettsbildung zu finden, ist anzunehmen. Ob aber ein solches Kabinettsbestand haben wird, daran zweifeln selbst die Freunde Tardieus. Die Hoffnung Tardieus, durch seine Verschleiervorgang die radikale Partei zu ermüden, und sie etwa zur Mitarbeit zu gewinnen, daß er ihr das Innen- und Finanzministerium anbietet, stützt sich einstweilen auf keinerlei Tatsachen. Andererseits ist es sicher, daß der Wunsch der radikalen Partei, wieder in die Regierung zu kommen, sehr stark ist, aber der Bedingung unterworfen bleibt, daß ein anderer Politiker die Führung eines nach links neigenden Konzentrationskabinetts übernimmt.

Die Frage, ob Briand trotz der gegen ihn gerichteten Anträge auch einem Kabinetts beitreten würde, das unter der Leitung Tardieus stünde und den Charakter einer Reichsregierung hätte, läßt sich nach allen gegenteiligen Behauptungen zum Trog noch nicht beantworten.

Grüne Front beim Reichskanzler.

Eine Sachverständigenkommission berufen.

Der Reichskanzler hat in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, die Führer der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen empfangen. Ihrem Wunsche entsprechend wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft alsbald einen engen Kreis landwirtschaftlicher Führer zu einer Besprechung einberufen, in der beschleunigte und durchgreifende Maßnahmen zur Stützung des Marktes landwirtschaftlicher Produkte und zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung vorgeschlagen und geprüft werden sollen.

Ehrung für Friedrich Ebert.

Kranzniederlegung in Heidelberg.

Im Auftrage des Reichskanzlers hat der Präsident des Landesfinanzamts Karlsruhe wie in den Vorjahren am Grabe des Reichspräsidenten Ebert anlässlich der Wiederkehr seines Todesjages namens der Reichsregierung einen Kranz mit schwarzrotemgoldener Schleife niedergelegt. Die preussische Staatsregierung hat durch Vermitt-

lung des Oberbürgermeisters von Heidelberg einen Kranz mit Schleife in den preussischen Farben und mit der Aufschrift „Die preussische Staatsregierung“ niederlegen lassen.

Kranze liegen ferner niederlegen die badische und die hessische Regierung, die Stadt Heidelberg und das Reichsbanner.

Die Beschlagnahme der Großhändler Bilder. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat am Freitag auf Antrag der Staatsanwaltschaft I die von der Polizei auf der Via-Schau ausgeführte Beschlagnahme zweier dort ausgestellter Bilder (Kirchenfenster und das Kreuzbild von Groß) bestätigt und die Beschlagnahme dreier weiterer Bilder b. m. Figuren angeordnet. Die Beschlagnahme beruht auf § 168 StGB, wonach die Erregung eines Argernisses durch öffentliche Gotteslästerung sowie die öffentliche Beschimpfung bestimmter Kirchen und deren Einrichtungen und Gebäude unter Strafe gestellt ist. Neu beschlaggenommen sind: 1. eine figurliche Nachbildung des Papstes Pius XI. im Ornat mit einem Knebel in der auf den Beschauer ausgestreckten Hand und der Unterschrift: „Rettet die christliche Religion vor dem Teufel und dem Bolschewismus!“ 2. Die Darstellung eines durch einen Pfarrer erteilten Unterrichts an Zuhörer, die statt der Menschen-Schöpfungstragen. 3. Die Nachbildung des beschlaggenommenen Kreuzes mit einem Bildnis des Christusbildes von Groß und eine Karikatur, die die erste Beschlagnahme des Kirchenfensters darstellt.

Sturm auf das Volkstheater.

Bürgerblodantrag gegen die Krolloper.

Der Hauptauschuh des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Dienstagabend mit der Frage der Staats-theater, wobei besonders das Schicksal der Krolloper erörtert wurde. Nachdem die interfraktionellen Besprechungen zwischen den Regierungsparteien in dieser Frage am Freitag nachmittag zu keiner Einigung geführt hatten, wurde im Hauptauschuh vom Zentrum, den Demokraten den Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei ein gemeinsamer Antrag eingebracht, worin die Staatsregierung ersucht werden soll, mit der Stadt Berlin in Verhandlungen darüber einzutreten, ob die gemeinnützige Theaterpflege, die bisher der Krolloper oblag, auf die Städtische Oper übernommen werden könne. Die Stadt Berlin würde in diesem Falle eine staatliche Unterstützung für die Städtische Oper erhalten. Mit der Volksbühne soll wegen gütlicher Lösung des Vertrages über die Krolloper in Verbindung getreten werden, um die Einstellung des Staats-theaterbetriebes an dieser Oper vorzubereiten. Auch die Deutsche Volkspartei schloß sich dem gemeinsamen Antrage an.

Gegen den Antrag wandte sich mit Entschiedenheit Abg. König als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion. So sehr er auch für Herabsetzung der Zuschüsse sei, es sprächen jedoch rechtliche Gründe gegen die Schließung der Krolloper, weil der Vertrag mit der Volksbühne entgegenstehe. Zweitens müsse man die Schließung aus künstlerischen Gründen ablehnen. Die Krolloper habe sich gut entwickelt und eine besondere künstlerische Form herausgearbeitet. Schließlich sprächen soziale Gründe gegen die Schließung. Für die Minderbemittelten habe der Staat unter Beachtung des Vertrages für den Platz 3 M., ohne Rücksicht auf den Vertrag für den Platz 2 M. zuzuzahlen, während bei der Lindenoper die Zuzahlung sich auf 4,75 M. stelle. Es müsse in Verhandlungen eingetreten werden mit dem Ziele, daß die Städtische Oper und die Lindenoper zusammenarbeiten, um ein gemeinsames Söllistenpersonal und ein gemeinsames Ballett zu schaffen.

Staatssekretär Dr. Sommers vom Kultusministerium erklärte, daß, wenn der gemeinsame Antrag angenommen werde, die Regierung energisch in diesem Sinne verhandeln würde. Er hoffe, daß die an den Antrag geknüpften Erwartungen in Erfüllung gehen mögen.

Die Welterberatung wurde auf Sonnabend vertagt.

„Skarets Korruptionsstufe.“

Das Anti-Skaret-Plakat mit Skaret-Geld bezahlt!

In der Befeidigungsklage des „Wahrheit“-Brühs gegen den Redakteur des „Total-Anzeigers“, John, kam am Freitag nach längerer Verhandlung zwischen den Parteien mit Zustimmung des Hugenbergverlags folgender Vergleich zustande: „Herr Bruhn erklärt: Ich habe mich auf Grund der heutigen Hauptverhandlung davon überzeugt, daß die Deutschnationale Volkspartei oder Angehörige dieser Partei, abgesehen von der Hingabe von 2000 RM. an Herrn Ganzow in einem Falle und von 6000 RM. an Herrn Jangemeister in einem zweiten Falle, von den Gebrüdern Skaret keine Beihilfen erhalten haben und daß auch diese beiden Geldbeträge nicht als Schweige- oder Schmiergelder bezeichnet werden können. Eine Befeidigung des Herrn John hat mir völlig ferngeliegen. Der Aufsatz in der „Wahrheit“ vom 9. November 1929 soll sich keinesfalls auf Herrn John beziehen.“

Herr John erklärt: Nachdem Herr Bruhn dieses erklärt hat, nehme ich nunmehr den im „Berliner Total-Anzeiger“ vom 7. November 1929 gegen Herrn Bruhn erhobenen Vorwurf „ungeheuerlicher Verleumdung“ als unbegründet zurück.

Dies der Vergleich. Man versteht wohl, weshalb der „Total-Anzeiger“ auf ihn eingegangen ist. Jetzt braucht er ja nicht den Inhalt dieses Vergleichs zu bringen, während er im Falle der Verurteilung seines Redakteurs durch die dem Kläger zugesprochene Publikationsbefugnis dazu verpflichtet gewesen wäre. Dann hätten seine Leser aber erfahren, was Herr Jangemeister als Zeuge ausgesagt hat, nämlich, daß er drei Wochen vor der Verhaftung der Brüder Skaret diese um Gelder für den Wahlfonds der Deutschnationalen angegangen ist, und daß die Brüder Skaret ihm für die deutschnationale Parteikasse 6000 Mark gegeben haben. Bruhns Verteidiger, Rechtsanwalt Kübel, richtete an den Zeugen Jangemeister die bliffige Frage, ob etwa für diese Gelder das Wahlplakat der Deutschnationalen „Skarets Korruptionsstufe“ hergestellt worden sei. Herr Baperrenz, der Vorsitzende des deutschnationalen Landesverbandes, rüttelte seinen Parteigenossen aus der peinlichen Situation, indem er aufsprang und erklärte, Jangemeister habe mit dem Plakat nichts zu tun! Doch die Gelder auch für dies Plakat benutzt sind, wurde nicht bestritten.

Einer gewissen Pikanterie entbehrte nicht die Aussage des deutschnationalen Schöneberger Bürgermeisters Berndt. Einmal Tages erschien bei ihm Bruhn und bat ihn, doch bei Skarets zu kaufen, die er als streng nationale Juden tenne. Bald darauf suchte ihn Bruhn noch einmal auf und zwar in Begleitung von Skaret selbst. Berndt ließ die Waren prüfen und stellte fest, daß sie „Linne“ seien. Hätte er bei Skaret gekauft, sagt der Zeuge, so blüß auf Veranlassung des Herrn Bruhn. Auch an den früheren Oberreichsanwalt und jetzigen deutschnationalen Stadtverordneten Delleffen hatte Bruhn einen Brief gerichtet, in dem er ihm Skaret als streng nationalen Juden empfahl, mit dem man wohl Geschäfte machen könne. Als dann der Zeuge die „Wahrheit“ als Renalderblatt bezeichnete, erklärte Bruhn, daß das eine „Unerschämtheit sondergleichen“ sei. Der Zeuge möge sich doch gefälligst die „Nachtausgabe“ des Herrn Hugenberg genau anschauen... Die nationalen Brüder waren wieder einmal einander in die Haare geraten, um gleich hinterher ihren faulen Vergleich zu schließen.

Gegen den Pilsudski-Terror.

Ein Vorstoß des DPs-Führers Radjalskoffi.

Warschau, 28. Februar. (Eigenbericht.)

In der Freitagssitzung des Sejm wandte sich der Führer der sozialistischen Fraktion Radjalskoffi scharf gegen die seit einiger Zeit vom Regierungsblock betriebenen Terrormethoden im Parlament, die anscheinend dazu dienen sollen, das Parlament von innen heraus zu sprengen. Dieser Vorstoß wurde von dem gesamten Hause, mit Ausnahme des Regierungsblocks, mit großem Beifall aufgenommen.

Der Abgeordnete Koltzmann, vor dem Bessedowski aus der russischen Bolschewik in Paris ist, ist zum ständigen Vertreter der Arbeiter- und Bauerninspektion zur Kontrolle der sowjetrussischen Zustandsvertretungen mit dem Sitz in Berlin ernannt worden.



„Dem Volksempfinden hast du entsprochen, Urteil, darum sei verdammt von uns Juristen!“

Die Rebellion in der KPD.

Ausschluß der Rebellen. — Spaltungsbewegung in Bayern.

Von den Unterzeichnern der Erklärung gegen die Politik der kommunistischen Zentrale sind die Stadtverordnete Rosenthal und der Betriebsrat Vollmann bereits aus der KPD. ausgeschlossen worden. Heute sollen die übrigen Unterzeichner ausgeschlossen werden.

Krach in Bayern.

München 28. Februar. (Eigenbericht.)

In der KPD. Gau Nordbayern hat sich unter Führung einer der drei Sekretäre eine starke Oppositionsbewegung gegen die Politik der Zentrale entwickelt, deren weitere Ausbreitung durch den jetzt erfolgten Ausschluß des Sekretärs Grönsfelder und seiner Frau verhindert werden soll. Das Ausschlußverfahren gegen den ersten Sekretär Büchs, den Führer der vier Mann starken Kommunistengruppe im bayerischen Landtag, ist noch in der Schwebe, ebenso das Ausschlußverfahren gegen eine Reihe anderer Parteimitglieder in Nürnberg.

An der sogenannten Fraktionsarbeit Grönsfelders haben sich nach Mitteilung der kommunistischen Bezirksleitung etwa 20 Prozent der Mitgliedschaften in Nordbayern beteiligt. Die Ausschließenen selbst behaupten aber, daß ein weit größerer Prozentsatz hinter ihnen steht.

Der unmittelbare Anlaß zum Hinauswurf des Sekretärs Grönsfelder war ein vor acht Tagen an die Mitglieder verschicktes Rundschreiben, das im Sinne der Brandier-Opposition gegen die Politik der Zentrale Stellung nahm, und das schwere Angriffe gegen die kommunistische Partei und gegen die Komintern enthielt. Nach der Behauptung der Bezirksleitung ist die Tätigkeit der Brandier, Thälheimer und Enderle in Nordbayern seit dem Sommer 1929 im Gange. Es fanden eine Reihe von Geheimitzungen statt, die den Zweck hatten, im gegebenen Falle den ganzen Bezirk Nordbayern von der KPD. loszureißen und der Richtung Brandier anzugliedern. Der erste Sekretär Büchs hat auf Vorhalten erklärt, daß er zwar innerlich nicht auf dem Boden des Rundschreibens stehe, nichtsdestoweniger aber seine Verbreitung billige. Daraufhin wurde ihm ein schriftliches Ultimatum gestellt, dessen Beantwortung mit Be-

stimmtheit seinen Ausschluß aus der kommunistischen Partei erwarten läßt. Die Gegensätze zwischen den beiden Gruppen verschärfen sich immer mehr, seitdem die Zentrale den Befehl gegeben hat, daß der Kampf gegen die sogenannten Sozialassistenten, der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, genau so geführt werden müsse, wie gegen die Stöhlhelmer und Hitlerianer.

Das erwähnte Rundschreiben legt im übrigen auch Wert auf die Feststellung, daß in der kommunistischen Partei kein Selbstbestimmungsrecht für Mitglieder und keine Diskussionsfreiheit bestehe.

Nachdem schon im vorigen Sommer die Landtagsabgeordnete Rosa Achenbrenner aus der KPD. ausgeschlossen ist, verliert die Partei mit dem Ausschluß Grönsfelders, der früher ebenfalls Abgeordneter war, und mit dem bevorstehenden Hinauswurf des Sekretärs Büchs diejenigen Kräfte, die das häufigste kommunistische in Bayern noch einigermaßen zusammenhielten. Die kommunistische Vertretung der Kommunisten in Bayern besteht dann nur noch aus drei Leuten, von denen, wie man hört, schon wieder einer auf der Proskriptionsliste der Zentrale stehen soll.

Der Fall Leow.

In Frankfurt-Rodenheim wurde ein Funktionär der KPD. ausgeschlossen, weil er sich lediglich für einen Antrag einsetzte, der forderte, das ZK. solle Beschlüsse veranlassen, gegen die „Leipziger Volkszeitung“ wegen deren Angriffe auf ihn zu klagen. Der Antrag war von der betreffenden Zelle mit großer Mehrheit angenommen. Die Thälmann-Reumann erließen den Antrag durch Ausschluß. Zu diesem Vorgang schreibt das Organ der Brandier-Gruppe „Gegen den Strom“ vom 1. März:

„Die Genossen im ganzen Reich müssen endlich vom ZK. kategorisch fordern, daß es entweder den der Unterschlagung und Bestechlichkeit beschuldigten Willh. Leow aus der Partei ausschließt oder aber ihn zwingt, gegen seine Verleumder zu klagen.“

Weder das eine noch das andere wird erfolgen, denn die Leow, Thälmann, Reumann, Würzenberg haben sich gegenseitig zu sehr in die Karten gesehen.

Kein Zollwaffenstillstand!

Genfer Beratung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Genf, 28. Februar. (Eigenbericht.)

Der Unterausschuh über das Zollfriedensabkommen verlagte sich am Freitag; er wird seine Arbeit wahrscheinlich nicht wieder aufnehmen.

Der einstimmige Beschluß der letzten Völkerbundversammlung für die Herbeiführung eines Zollwaffenstillstandes muß als zu den Akten gelegt betrachtet werden.

Frankreich hat den Zollfrieden verhindert.

Die außerordentliche Erregung über das französische Verhalten in der Zollfriedensfrage hat die französische Delegation veranlaßt, am Freitag eine offizielle Erklärung zu veröffentlichen, die mit der Formulierung, als ob die Erklärung Serruns eine weit über ihre Tragweite hinausgehende Auslegung gefunden habe, versucht, die klare und scharfe Abfage Serruns an den Zollfrieden abzuschwächen. Es heißt in der Erklärung, daß die Rede Serruns nur begründen sollte, warum Frankreich nicht in der Lage sei, Ausnahmen für den Zollfrieden im einzelnen anzumelden. Serruns habe nur sagen wollen, daß Frankreich der Meinung sei, daß ein positives Resultat auf anderem Wege leichter als durch den Zollfriedensplan zu erreichen wäre. Eine positive Haltung könne die französische Delegation erst einnehmen, wenn sie Instruktionen von der neuen Regierung habe.

Juristenkampf in Genf.

Völkerbundstatut und Kellogg-Pakt.

Genf, 28. Februar. (Eigenbericht.)

Der Ausschuh für die Angleichung des Völkerbundvertrages an den Kellogg-Pakt nahm zu Artikel 12 der Völkerbundpakte einen Zusatz an, der den deutschen Wünschen auf besondere Rennung der Mittel zur friedlichen Auslegung von Konflikten ungefähre entspricht. Für die Ausarbeitung des Schlusberichtes wurde ein Dreier-Ausschuh angelegt, dem von deutscher Seite von Bülow, der Franzose Cot und der schweizerische Völkerrechtler und Sozialist Linden angehören. Bei der

Beratung des Artikels 13 betonte von Bülow noch einmal, daß eine Revision des Völkerbundvertrages in dem Sinne stattfinden müsse, daß die an einem Konflikt beteiligten Mächte in ihrer Entscheidungsfähigkeit auch dann nicht mehr frei sind, wenn sie eine Ratifizierung zurückweisen. Die Durchführung eines Ratsbeschlusses dürfe nicht den beteiligten Parteien überlassen bleiben, sondern müsse durch den Völkerbundsrat selbst angeordnet und durchgeführt werden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung warf der Japaner die rüdfällige Frage auf, ob ein einstimmiger Ratsbeschluh für die streitenden Parteien bindend sei oder nicht. Er verneinte die Bindung, wurde aber von Deutschland, Frankreich und anderen scharf bekämpft.

Mittel-europäische Wirtschaftstagung.

Die Gefahren der Schutz-zollpolitik.

Breslau, 28. Februar. (Eigenbericht.)

In Breslau begannen am Freitag die Verhandlungen des Mittel-europäischen Wirtschaftstags, einer Vereinigung, die sich gegen die Balkanisierung Europas richtet. Die Tagung ist von oen amtlichen Vertretern einer ganzen Reihe von Staaten besetzt.

Das Hauptreferat hielt der Gesandte a. D. Riedl-Wien. Er betonte die Notwendigkeit kollektiver Verhandlungen und kollektiver Verträge; ohne eine Lösung der europäischen Agrarfragen sei aber die Lösung des Zollproblems nicht möglich. Man müsse für die Unterdrückung des landwirtschaftlichen Ueberschusses der reinen Agrarstaaten Sorge tragen, aber auch die Gefährdung der Landwirtschaft in den Industriestaaten verhindern. Professor Studnicki-Warschau trat für die deutsch-polnische Verständigung ein. Ohne diese Verständigung gebe es kein organisiertes Mitteleuropa. Ein Vertreter Rumäniens wandte sich gegen die hohen Getreidezölle der Industriestaaten, die für die Landwirtschaft teure Industrieartikel bedeuten. Dadurch bröckelten die Abnahmefähigkeiten der industriellen Länder ab. Als Vertreter der deutschen Gruppe sprach Reichsminister a. D. Gothein. Er kritisierte die künstliche Hochzucht von Industrien, für die jeder neue Staat nationale Gründe ins Feld führe. Diese Treibhausindustrien seien aber eine ungeheure Kapitalverschleuderung.

Das Gebot der Lohnpolitik.

Löhne müssen mit Produktivität in Einklang gebracht werden.

Wladimir Boginsky veröffentlicht in der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, eine ausführliche und scharfsinnige Untersuchung über die Entwicklung der Löhne und der Produktion in Deutschland, die die Darlegungen bestätigt, die wir wiederholt hier über dieses Zentralproblem der deutschen Wirtschaft gemacht haben.

Bei der Untersuchung der Bewegung der Löhne handelt es sich nach der Darstellung von Boginsky, ganz abgesehen von allen Erwägungen über die Gerechtigkeit, über den sozialen Fortschritt usw., volkswirtschaftlich vor allem um folgende nähere Aufgabe: die Löhne dürfen nicht hinter der Produktivität der Arbeit zurückbleiben, zugleich aber können sie nicht den von der Arbeit geschaffenen Reuwert übersteigen. Wie steht es nun mit dem Ergebnis der statistischen Untersuchungen?

Den Gewerkschaften ist es in den letzten Jahren gelungen, eine nicht unerhebliche Besserung der Lohnsätze durchzusetzen, die Stundenlöhne sind nicht nur nominal, sondern auch im Vergleich mit den Lebenshaltungskosten gestiegen. Diese Steigerung bleibt aber bis jetzt hinter dem Fortschritt der Produktivität der Arbeit zurück: der Steigerung der Produktivität der Arbeit in den letzten zwei Jahren um etwa 11 Proz. steht eine durchschnittliche Erhöhung des Reallohnes pro Stunde um 8 bis 9 Proz. entgegen. (Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der Gesamtanteil der Arbeiterklasse an dem Produktionsertrag infolge des geringen Beschäftigungsgrades noch etwas niedriger war. Anm. d. Red.) Dieses

Mißverhältnis zwischen den Löhnen und der Produktivität der Arbeit muß auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft deprimierend wirken. Da die Rationalisierung der Betriebe und der technische Fortschritt die Produktivität der Arbeit (im Durchschnitt für die gesamte Volkswirtschaft) um 11 Proz. gesteigert haben, wäre nur bei einer Steigerung der Löhne um mindestens 11 Proz. ein neues Gleichgewicht eingetreten. Der absolute Anteil der Arbeit am sozialen Produkt wäre dabei unverändert geblieben, der Mehrwert wäre gleichzeitig mit dem Lohn und in demselben Maße angewachsen. Die Verlangsamung in der

Entwicklung der Löhne mußte dagegen zur Stodung des Absatzes auf dem Binnenmarkt führen.

Da die Kaufkraft der Massen hinter der Produktivität zurückblieb, mußten die Belegschaften der rationalisierten Betriebe gekürzt werden. Daraus entstand aber ein neuer Ausfall an Kaufkraft, der durch die Arbeitslosenunterstützung nicht ausgeglichen werden konnte. Auch die gestiegene Ausfuhr konnte die Industrie nicht für das Zusammenstumpfen des Binnenmarktes entschädigen. Die Lohnknappheit mußte also, abgesehen von allen anderen Depressionsfaktoren, schon für sich allein

zu schweren Stodungsercheinungen führen.

Von diesen Feststellungen aus wird von der „Gewerkschaftszeitung“ die Aufgabe einer weitläufigen Lohnpolitik, die frei ist von aller Schematisierung und die allen Besonderheiten der Zeit, des Ortes und des Industriezweiges Rechnung trägt, folgendermaßen umrissen:

Der technische Fortschritt und die Rationalisierung der Betriebe haben nicht nur die Produktivität der Arbeit in einzelnen Industriezweigen, sondern auch die durchschnittliche Produktivität der Arbeit der gesamten deutschen Volkswirtschaft sehr stark gesteigert.

Die Produktion an Waren, auf die Einheit der Arbeitskraft bezogen, ist in dem Maße gestiegen, daß

nur eine Steigerung der Kaufkraft

der Volksmassen den Betrieben den Absatz und die Kontinuität der Arbeit beim alten Beschäftigungsgrad sichern könnte.

Die Kaufkraft der Arbeitermassen ist zwar in den letzten Jahren gestiegen, aber nicht im erforderlichen Maße, sie bleibt hinter der Steigerung der Produktivität der Arbeit zurück, und ihr Rückstand gehört zu den Faktoren, die auf die Wirtschaft deprimierend wirken.

Die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes löst die Gefahr entstehen, daß dieses Mißverhältnis weiter bestehen oder sogar sich verschärfen wird, was für die gesamte deutsche Wirtschaft die schlimmsten Folgen hätte. Das Gebot der Lohnpolitik ist, diese Gefahr abzuwehren.

in Frage kommt. Sie schenkt jede Gemeinshaft mit sogenannten unorganisierten revolutionären Betriebsräten ab; denn sie erblickt in diesen nur Schädlinge einer gesunden Arbeiterentwicklung.

Die Versammlung, die sich mit überwältigender Macht hinter den vorgeschlagenen freigewerkschaftlichen Betriebsrat stellte, bildete einen glänzenden Auftakt für die Betriebsratswahl am 3. bis 5. März. Jede Stimme der Liste II!

Eine weitere Entschliebung gegen den geplanten Verkauf der im Besitz der Stadt Berlin befindlichen Aktien des Elektrizitätswerks Südwest wurde einstimmig angenommen. Die Entschliebung erklärt es für untragbar, daß die Stadt Berlin durch Aufgabe ihrer 46prozentigen Beteiligung an Südwest zugunsten eines rein privatkapitalistischen Unternehmens auf die mit Bestimmtheit zu erwartende fünfjährige Ertragssteigerung verzichtet. Die mit dem Aktienverkauf verbundene Verlängerung der der Gesellschaft erteilten Konzession bis zum Jahre 1960 würde einen schweren Rückschritt in der Entwicklung der Berliner Elektrizitätswirtschaft bedeuten. Die Verschärfung der Südwest-Aktien an das Privatkapital würde einen verhängnisvollen Schritt auf dem Wege zum Ausverkauf der öffentlichen Wirtschaft bedeuten.

Wasserwerksarbeiter gegen Spalter.

Ergebnis der Betriebsratswahl.

Trotz der beispiellosen Hitze, die während der letzten Tage in der „Roten Fahne“ gegen die freigewerkschaftlichen Kandidaten zum Gesamtbetriebsrat der Städtischen Wasserwerke getrieben wurde, ist der „revolutionäre“ List nicht der erhoffte Erfolg beschieden worden. Für die freigewerkschaftliche Liste I sind 701 Stimmen abgegeben worden und für die kommunistische Liste II insgesamt 455 Stimmen. In dem Gesamtbetriebsrat wird demnach die Arbeiterchaft der Städtischen Wasserwerke mit sieben freigewerkschaftlichen Arbeitern und vier „oppositionellen“ Arbeiteräten vertreten sein. Das Ergebnis der Wahlen bei den Angestellten steht noch aus.

Die Arbeiterchaft der Städtischen Wasserwerke, die zuvor bisher stark kommunistisch durchsetzt war und auch in die Arbeiterräte kommunistische Vertreter entsandte hatte, hat es aber in ihrer Mehrheit abgelehnt, der Spaltungspartei der KPD zu folgen. Inmitten ist es kein Ruhmesblatt für die Arbeiter der Städtischen Wasserwerke, daß 39 Proz. unter ihnen den Spalter der Gewerkschaft leisten, denselben Spalter, die sie nicht nur gewerkschaftlich zur Ohnmacht verdammen, sondern sie auch kommunistisch dem Chaos ausliefern würden. Hier muß von unseren Genossen eine intensive und rege Aufklärungsarbeit geleistet werden!

Freyer heimgeleuchtet.

Ein guter Auftakt zur Betriebsratswahl.

Der kommunistische Arbeiterrat der Verkehrs-AG. hatte zu gestern abend nach Bökers Festhalten eine allgemeine Belegschaftsversammlung einberufen, die äußerst stark besucht war. Freyer referierte, während der andere kommunistische Vorsitzende des Arbeiterrats, Barisch, den Vorsitz führte.

Unser Genosse Schmidt, Betriebsobmann der Hauptwerkstätte, stellte zunächst den Antrag, die Redezeit des Referenten auf dreißig Minuten, die der Diskussionsredner auf zehn Minuten zu beschränken. Trotz aller Abstimzungskünste des kommunistischen Vorsitzenden wurde schließlich der Antrag mit nahezu vier Fünftel Mehrheit angenommen.

Über das Referat Freyers ist nichts zu sagen. Es war der übliche Schwindel. In der Diskussion wurde ihm von unseren Genossen gründlich heimgeleuchtet. Im Schlußwort versuchte Freyer, durch Beschimpfung der Freigewerkschaftler und Sozialdemokraten als Streikbrecher die Versammlung zu provozieren, wurde aber von unseren Genossen gezwungen, sich zu entschuldigen. Ohne über die von der KPD geleisteten „Kampfergebnisse“ auch nur abstimmen zu lassen, schloß der kommunistische Vorsitzende die Versammlung, die einen Vorgeschmack gibt für die Niederlage der kommunistischen Arbeiterräte bei den nächsten Betriebsratswahlen.

Danziger Juristenweisheit.

Das Danziger Betriebsrätegesetz, das bis auf kleine, den Danziger Verhältnissen angepaßte Änderungen dem deutschen BRG entspricht und seit dem 15. September 1928 in Kraft war, wurde vom Landgericht für verfassungswidrig erklärt. Es sah, genau wie das deutsche Gesetz, die Bildung von gemeinsamen Betriebsräten für Arbeiter und Angestellte vor. Reaktionsäre Unternehmer nahmen daran Anstoß. Sie riefen unter Hinweis auf Art. 115 der Danziger Verfassung, worin von Trennung zu bildenden Arbeiter- und Angestelltenausschüssen die Rede ist, das Gericht an. Das Landgericht trat ihrer Ansicht bei und erklärte neun Paragraphen des Gesetzes, die von der gemeinsamen Betriebsvertretung handeln, für „verfassungswidrig“. Nun wird sich das Danziger Obergericht als letzte Instanz mit dem Streitfall zu befassen haben.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Centralb. 19 1/2 Uhr. Arbeiter-Arbeitsgemeinschaft im Jugendheim des Roten Verbandes, Grotte, Schulhof, Ludwigstr. 12. Referent: Grotte. Thema: „Gewerkschaftliche Jugendorganisation“.

Freies Jugend-Forum. — Referent: Grotte. Thema: „Verhältnisse der Arbeiterjugend in der DDR.“ in Bonnau. Treffen am 10 Uhr vor der Schule.

Jugendgruppe des Roten Verbandes der Angestellten

Deuts. Centralb. ab 19 Uhr. Volkshaus im Jugendheim Leichter Straße 15-19 und ab 20 Uhr Roten Abend im Volkshaus am Angerplatz 128. — Von 18-20 Uhr Jugendabend der Eingeweihten und von 20-22 Uhr Arbeitergemeinschaft „Sozialismus“ im Jugendheim der Schule Kolonnenallee 11.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: G. Künzler; Gewerkschaftsbewegung: J. Seiner; Familien: Dr. John Schlawski; Sozial- und Sonstiges: Frk. Korb; Referent: H. Grotte; Schriftf. in Berlin: Berlin: Vorkurs-Berlin G. m. b. H. Berlin: Prof. Dr. Grotte; Buchdruckerei und Verlagsanstalt: Paul Siegel u. Co., Berlin SW 6, Lindenstr. 10. (Hierzu 2 Beilagen: „Unterhaltung und Wissen“ und „Jugend-Vorkurs“.)

Pfarrer Heumann's Heilmittel

bewährt bei zahlreichen Krankheiten, 180000 Dankerschreiben. / Das Pfarrer Heumann-Buch (272 S., 150 Abb.) erhält jeder, der sich auf dieses Inserat bezieht, völlig unsonst und portofrei durch Ludwig Heumann & Co., Nürnberg S 10 Die Pfarrer Heumann's Heilmittel

In allen Apotheke Berlins be-timmt: Zions-Apotheke, Berlin N 31, Anklamer Straße 10; Nähe Rosenthaler Platz; Adler-Apotheke, Berlin-Friedrichshagen, Rheinstr. 16; Heugot-Apotheke, Berlin O, Gubenstr. 33; Nähe Warschauer Brücke; Schwalze-Apotheke, Berlin W 8, Friedrichstr. 173; Friedr. ich-Wilhelm-Apotheke, Charlottenburg, Leibnizstraße 106; Kröhne-Apotheke, Spandau, Schönwalder Straße 36; Rosen-Apotheke, Eichwalde-Berlin.

Der dritte Spaltungsversuch.

Nach den Drehern und Rohrlegern die Eisenformer.

Die KPD ist unermülich in der Spaltung der Arbeiter. Nach den Versuchen, die Dreher und die Rohrleger vom Deutschen Metallarbeiterverband abzutrennen, wird nunmehr der Versuch bei den Eisenformern gemacht. Seit Monaten wurden von der nunmehr ihrer Funktion enthobenen Branchenleitung der Eisenformer systematisch die Verbandsbeschlüsse und Statuten verlegt, um nach der bekannten Methode: „Halte den Dieb“, die Ortsverwaltung, falls diese dagegen einschreitet, bezichtigen zu können, sie habe die Branche gespalten.

Zuerst setzte sich der kommunistische Branchenleiter Krüger über die Anweisungen des Verbandsvorstandes hinweg. Obwohl der Verbandsvorstand in der „Metallarbeiterzeitung“ vor der Teilnahme an dem kommunistischen Gewerkschaftskongress im Herbst 1929 gewarnt und auf die Folgen der Teilnahme von Verbandsgliedern an dieser antigewerkschaftlichen Kundgebung hingewiesen hatte, nahm Krüger an dem Kongress teil. Entgegen dem Bestimmung des Statuts, wonach nur die Ortsverwaltung zur Herausgabe von Sammellisten berechtigt ist, setzte Krüger solche Listen zur Finanzierung des kommunistischen Gewerkschaftskongresses in Umlauf. Schließlich rief er ohne Zustimmung der Organisation öffentliche Versammlungen der Eisenformer und Berufsgenossen ein, in der er gegen die eigene Organisation auftrat.

Als er wegen dieser Verträge gegen die Verbandsführungen vor die ortserverwaltung geladen und gefragt wurde, ob er in Zukunft nach den Statuten und Beschlüssen der Organisation handeln wolle, erklärte er olattweg, dies nicht tun zu wollen, sondern nur noch das auszuführen, wozu ihn die Branche beauftragt. Daraufhin wurde er von der Ortsverwaltung seiner Funktion enthoben und kurze Zeit später vom Hauptvorstand aus dem Verbande ausgeschlossen.

Zu der letzten Branchensammlung verschaffte sich Krüger mit Hilfe eines Stütztrupps gewaltsam Zutritt. Der zweite Branchenleiter Feilerabend hat in dieser Versammlung Krüger in seinem wüsten Treiben gegen die Organisation noch unterstützt, worauf die gesamte Branchensammlung vor die Ortsverwaltung geladen wurde, um sich wegen dieser Vorgänge zu verantworten. Als in dieser Sitzung sämtliche Mitglieder der Branchenleitung das organisationschädigende Verhalten des zweiten Branchenteilers deklarierte, sah sich die Ortsverwaltung gezwungen, nunmehr die gesamte Branchenleitung ihrer Funktion zu entkleiden.

Die Organisation konnte es im Interesse der Branche nicht mehr länger dulden, daß von den leitenden Funktionären jede praktische Gewerkschaftsarbeit in der Branche unterbunden und nur noch die Parolen der kommunistischen Partei propagiert wurden.

Von einer einzigen Ausnahme abgesehen, billigten alle Funktionäre der Eisenformer, die am Donnerstag verammelt waren, das Vorgehen der Organisationsleitung und beantragten die Einsetzung einer provisorischen Branchenleitung. Gegen eine Stimme wurde dann auch eine neue Branchensammlung beschlossen, deren Mitglieder zum größten Teil bereits vor der Amtsperiode der „revolutionären“ Branchenleitung die Branche betreut haben. Die Funktionäre verpflichteten sich ferner, den Enklern überall in den Betrieben scharf entgegenzutreten und die Mitglieder zu warnen, nicht etwa den Spalter die Verbandsbücher auszubändigen. Die Organisation wird die Eisenformer und Berufsgenossen über die weitere Entwicklung in der Branche durch Veröffentlichung im „Vorkurs“ und im Verbandsorgan auf dem laufenden halten.

dem ADG und dem KDBS ausdrücklich hervorgehoben, daß nur ein allgemeines Rotopfer in Frage kommen könne, d. h. eine Erfassung aller höheren Einkommen durch eine Sondersteuer zur Deckung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung. Nach unserem Dafürhalten kann es sich bei dem Rotopfer nur um Zuschläge zur Einkommensteuer handeln, durch die sowohl das höhere Arbeitseinkommen als auch das höhere Kapitaleinkommen erfasst werden.

Zwei gegen Zweitausendfünfhundert.

Die Belegschaft der Bewog stimmt ab.

In dem überfüllten großen Saal der Germania-Säle fand am gestrigen Freitag eine Vollversammlung der Bewog-Belegschaft statt, um zu den kommenden Betriebsrätemahlen Stellung zu nehmen. Die rund 2500 Anwesenden nahmen zunächst ein Referat des Kollegen Dr. Lopp entgegen, in dem dieser die großen Gegenwartsfragen der öffentlichen Wirtschaft und insbesondere der Elektrizitätswirtschaft erörterte. Mit durchschlagenden Argumenten legte der Referent dabei die verderbenden Auswirkungen dar, welche die Tätigkeit der „revolutionären“ unorganisierten Betriebsräte in der Vergangenheit gehabt hat. Es gilt für die Bewog-Arbeiter, diesen Zerstückern der einheitlichen Arbeiterfront bei der kommenden Wahl eine vernünftige Abfuhr zu erteilen und ihre seit dem Bestehen des Betriebsrätegesetzes gewährte Geschlossenheit auch weiterhin aufrechtzuerhalten.

An der folgenden Diskussion vertrat die kommunistische Zielung der „revolutionären“ Betriebsräte zu rechtfertigen. Seine ungeschicklichen, persönlichen Angriffe wurden von der Versammlung mit Entrüstung abgewehrt.

Nach einem Schlußwort des Referenten wurde mit offen gegen zwei Stimmen eine Entschliebung angenommen, in der es heißt: „Die Vollversammlung der Bewog-Belegschaft hat sich mit der Frage: freigewerkschaftliche oder revolutionäre unorganisierte Betriebsräte ausgiebig beschäftigt und kommt nach dem Referat des Kollegen Dr. Lopp zu dem Schluß, daß für sie nur die Wahl von freigewerkschaftlichen Betriebsräten

Rotopfer für alle!

Keine einseitige Belastung der Beamten und Ze'anaestellten

Der Kampf um das Rotopfer kann nur dann zu einem Erfolg führen, wenn alle politischen und gewerkschaftlichen Arbeitnehmergruppen eine möglichst geschlossene Haltung einnehmen. Daran fehlt es leider noch. Nach einer Meldung des „Deutschen“, der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, vom Dienstag abend sollen die Befürworter des Rotopfers in der Mehrzahl sein, und zwar wolle man — so behauptet der „Deutsche“ — die Festbesoldeten, also die Beamten und die höherbezahlten, nicht-versicherten Angestellten mit einer vorübergehenden Beitragsleistung von 1,75 Proz. belasten. Das solle 100 Millionen einbringen; damit bliebe ein Rest von 150 Millionen, für den noch Deckung gefunden werden müsse.

Diese Meldung stimmt nicht. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß eine Mehrheit der Arbeitnehmer für ein solches Rotopfer vorhanden ist. Die sozialdemokratische Fraktion steht nach wie vor auf dem gleichen Standpunkt wie die freien Gewerkschaften, wonach nur ein allgemeines Rotopfer, niemals aber eine einseitige Belastung der Beamten und höherbezahlten Angestellten zur Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung in Frage kommen kann. Allen Anschein nach sind gewisse Teile noch immer nicht von ihrer Beamtenpsychose losgekommen. Daher der Versuch, von neuem für eine einseitige Heranziehung der Beamten zur Deckung der Lücken der Arbeitslosigkeit Zustimmung zu machen. Zu dieser Stimmungsgewalt gehört auch die vor einigen Tagen von dem christlichen Gewerkschaften abgestandene „Politik-gewerkschaftliche Zeitungsbeilage“ gebrauchte Nachricht, daß der Allgemeine Deutsche Beamtenbund sich nach einer Meldung des „Soz. Presseblattes“ für ein Rotopfer in Form von 1% Proz. des monatlichen Gehalts ausgesprochen habe.

Wie der „Politik-gewerkschaftliche Zeitungsbeilage“ zu dieser Meldung kommt, ist uns rätselhaft. Weder der ADG, hat etwas Derartiges erklärt, noch hat der „Soz. Presseblatt“ eine solche Nachricht jemals gebracht. Er hat im Gegenteil in Uebereinstimmung mit



Weibliche Polizei.

Wohlfahrtsstelle am Polizeipräsidium, die sich der von der Sitzpolizei ihr überwiesenen gefährdeten Mädchen annahm. Die Frauenwohlfahrtspolizei in Köln wies aber den Weg zur weiteren Entwicklung der weiblichen Polizei. Im Jahre 1926 begann die frühere Leiterin der weiblichen Polizei in Köln, Fräulein Josephine Errens, ihre Tätigkeit in Frankfurt a. M. Augenblicklich bestehen in Preußen, außer Frankfurt a. M. (7 Beamtinnen) noch Königsberg (3), Köln (9), Essen (7), Hannover (3), Magdeburg (4), Breslau (6), Altona, Eberfeld, Halle, Reddinghausen und Berlin weibliche Polizei, im ganzen sind es 98 Beamtinnen; Estlin und Kiel sind an der Reihe. Ueber eine streng organisierte weibliche Kriminalpolizei, deren Aufgabentkreis demjenigen der preussischen weiblichen Polizei entspricht, verfügt auch Hamburg; in Dresden und Baden III sie der uniformierten angegliedert und beschränkt sich in der Hauptsache auf den Aufendienst. Welches ist aber der Aufgabentkreis der preussischen und Hamburger weiblichen Polizei?

In Berlin, um an einem Beispiel Entwicklung und Aufgabentkreis der weiblichen Polizei aufzuzeigen, wurde nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten die frühere Leiterin der aufgelösten Frauenhilfsstelle am Polizeipräsidium, Fräulein Bickel, zum ersten weiblichen Kriminalkommissar ernannt. Im Mai 1927 unterstanden ihr nur 6 Beamtinnen, im Augenblick sind es 30. Die weibliche Kriminalpolizei (Inspektion G.) zerfällt in 3 Dienststellen. Jede umfaßt einen streng umgrenzten Aufgabentkreis, sowohl in selbständiger Arbeit als auch in Erfüllung der Aufträge anderer Kriminaldienststellen. Diese bedienen sich ihrer weiblichen Kolleginnen nach Bedarf, indem sie ihnen Vernehmungen jugendlicher Zeugen und in gewissen Fällen erwachsene weibliche Angehörige überwachen. Auch sämtliche Straftaten von Kindern und weiblichen Jugendlichen unter 18 Jahren (sofern Erwachsene nicht mit hineinspielen, wie solche von Knaben, die noch nicht das Alter von 16 Jahren erreicht haben) sind der weiblichen Polizei zuständig. Die weibliche Polizei bearbeitet auch Straftaten erwachsener Frauen, sofern diese als Geschlechtswesen in Frage kommen, oder wenn in besonderem Maße soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind.



Sächsische Frauenpolizei auf der Straße.

Die weibliche Polizei nahm ihren Anfang in Amerika. Die erste „Polizeimatrone“ stellte New York im Jahre 1845; den Ausgangspunkt bildete die Fürsorge für die Frau im Gefängnis. Die erste „Patrolwoman“ für den Aufendienst lieferte Chicago; sie war dem Distriktsbüro angegliedert und hatte die Aufgabe, Frauen und Mädchen zu überwachen. Aber erst im Jahre 1905 erhielt in Portland (Oregon) die Leiterin einer Schuttpolizei, zwangsgewalt. In England machte London im Jahre 1905 den Anfang mit Polizeimatrone; den Anstoß zur weiteren Entwicklung gab aber erst der Krieg: Ordnung und Sitte an Bahnhöfen, in militärischen Lagern und Munitionsfabriken mußten überwacht werden. Das Jahr 1923 brachte der weiblichen Polizeibeamtinnen den Titel eines weiblichen Konstablers und Polizeizwangsgewalt. Augenblicklich verfügt London über 2 weibliche Inspektorinnen, 5 Sergeanten und 40 Konstablerinnen, zum Teil in Uniform. Aber schon im Jahre 1915 entstand die internationale Vereinigung der Polizeibeamtinnen, und eine Enquete des Völkerbundes stellte fest, daß weibliche Polizei im Jahre 1927 in Ägypten, Argentinien, Australien, Dänemark, Danzig, Estland, Finnland, Großbritannien, Island, Norwegen, Neuseeland, Niederlande, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Vereinigte Staaten, Belgien, Island, Polen und Deutschland existierte. Die Aufgaben dieser Polizei sollen im großen und ganzen mit denen der deutschen zusammen. Anlaß zu ihrer Entstehung hat die englische Okkupation in Köln: englische und deutsche Frauen fanden sich zusammen, um als Frauenwohlfahrtspolizei im Streifendienst gefährdete Mädchen und Frauen zu erfassen.

In Deutschland.

Polizeifürsorgefrauen, die eine Art weibliche Gefährdetenfürsorge darstellten, gab es in Deutschland schon früher. Stuttgart stellte als erste Stadt im Jahre 1903 eine Polizeifürsorgefrau ein; es folgten Bielefeld im Jahre 1906, Berlin im Jahre 1909, Altona im Jahre 1917. In Berlin war es die Frauenhilfsstelle, als Bestandteil der

Kinder als Zeugen und Geschädigte.

Eine der wichtigsten Betätigungsbereiche der weiblichen Polizei ist die Vernehmung von Kindern und jugendlichen Mädchen, Opfern von Sittlichkeitsdelikten. Ist das Revier zuständig, so wird der Vorgang unmittelbar an die Inspektion G. weitergemeldet; bearbeitet eine Kriminaldienststelle am Polizeipräsidium den Fall, so wird mit der Vernehmung fast ausnahmslos die weibliche Polizei beauftragt. Das Befragen der Kinder gestaltet sich mitunter äußerst schwierig. Es ist nicht leicht auseinanderzubehalten, was bei den Mädchen im Entwicklungsalter Proband überreifer Phantasie, was Wahrheit ist. Nicht selten belasten sie den Beschuldigten in ganz ungerechtfertigter Weise, insbesondere, wenn sie eine Entschuldigung für ihr Fortlaufen aus dem Elternhause brauchen. Eine entscheidende Rolle spielt bei der Beurteilung der Glaubwürdigkeit die Gesamtperzeptionsfähigkeit des jugendlichen Zeugen. Eingehende Recherchen durch das Jugendamt oder mitunter auch auf eigene Faust sind hier unumvermeidlich.

Mädchen auf der Straße.

Der Aufendienst, der in Dresden und Baden seit das einzige Tätigkeitsfeld der weiblichen Polizei bildet, stellt in Preußen und Hamburg nur einen geringen Teil innerhalb der Gesamtaufgaben dar. Die Vormittags- und Abendstreifen besuchen Kuppelplätze, Bahnhöfe, Lokale, bestimmte Straßenzüge und machen Stichproben in Absteigequartieren. Reicht die Zahl der Beamtinnen für diese



Verhör auf der Dienststelle.

Aufgabe auch noch nicht aus, so sind trotzdem gute Erfolge zu verzeichnen. Einige Beispiele: Die Streife stößt auf dem Potsdamer Platz auf ein Mädchen im Alter von 16 bis 17 Jahren. Mit dem Theaternotizbuch in der Hand erweist sie den Eindruck, als erwarte sie jemand vor dem Café. Die Kleine wird aufgefordert, mit zur Wache zu kommen. Zunächst macht sie über ihre Persönlichkeit falsche Angaben. Im Einwohnermeldeamt wird festgestellt, daß sie ihren Eltern entlaufen ist und seit drei Monaten vermisst wird. Anfangs hielt sie sich beim Onkel auf, dann war sie ohne Wohnung. Jetzt ist sie froh, daß man sie aufgegriffen hat. Sie findet Aufnahme im Pflegeamt. Eine 23jährige Hofsteinerin wird in einem Hotel in Begleitung eines zweifelhaft aussehenden Mannes angetroffen. Das junge Mädchen hat verweinte Augen. Sie hatte ein halbes Jahr lang Stellung in einem Haushalt, fand darauf für 14 Tage eine andere, war seit zwei Wochen arbeitslos und seit 4 Wochen mit dem Mann zusammen. Ihr Bruder ist Stadtverordneter. Auch dieses junge Mädchen war zufrieden, Hilfe zu finden. Die Frühstreife greift zwei Mädchen auf. Die eine war hier in Stellung; sie ließ ihre Schwester kommen; auch die dritte war gerade nach Berlin unterwegs. Die beiden Schwestern waren seit vielen Tagen obdachlos. Das Pflegeamt nahm sich der drei an und schickte sie heim.

Alaixio Arcevedo Ein brasilianischer Mietshaus

Bataca meinte, etwas Bier könne jetzt nicht schaden. „Für mich nicht, aber trink du nur welches“, redete ihm Jeronymo zu. Ze Carlos meinte, Weißwein wäre ihm lieber. „Was ihr wollt“, ermunterte sie der Steinbrecher. „Ich werde auch etwas Wein trinken. Wir geben nicht das Geld eines Messerstechers aus, das ist ehrlich bei Regen und Sonnenschein im Schweiß meines Angesichts verdientes Geld. Also trinkt beruhigt und ohne schlechtes Gewissen.“ Die anderen stimmten dieser Rede beifällig zu und ließen sich nicht weiter zureden. Sie tranken auf das Wohl ihres freigebigen Freundes. „Auf den Chef Jeronymo“ — eine Bezeichnung, die der Steinbrecher gnädigst quittierte und worauf er die Gläser noch einmal füllen ließ. „Auf Dona Piedade de Jesus“ — worauf der Gatte der Dame ein kurzes „danke“ murmelte, auf die ihr Blicke und bemerkte, es sei Zeit, ans Werk zu gehen. Seine beiden Rumpanen leerten die Gläser und standen widerstrebend auf. „Es ist noch mächtig früh“, murmelte Ze Carlos, spuckte durch die Zähne und wuschte sich den Mund mit dem Handrücken ab. „Aber wir könnten aufgehalten werden“, mahnte ihn sein Gefährte und langte nach dem Paket vor den Fässern. „Wenn wir warten müssen, können wir es da ja genau so tun, wie hier.“ „Also los“, drängte Jeronymo, der plötzlich zu fürchten begann, die Nacht könne entweichen, ohne daß er sein wichtiges Vorhaben ausgeführt hätte. Er zahlte die Rechnung, und sie brachen auf und liefen langsam und schweigend nebeneinander her. Mit unruhiger Aufregung gingen sie die Rua Sorocaba entlang zum Strande und blieben erst dicht vor Guarnizes Lokal stehen. „Du bist derjenige, der reingeht, nicht wahr?“ redete der Steinbrecher Bataca an. Statt aller Antwort reichte ihm

lehter das Paket mit den Keulen und verschwand, Hände in den Hosentaschen, mit niedergeschlagenen Augen und Betrunktheit heuchelnd in der Taverna.

15. Guarnizes Lokal war an diesem Abend sehr gut besucht. An allen mit Wachstuch bedeckten Holzischen saßen Gruppen von drei oder vier Männern, fast alle in Hemdsärmeln, die sich rauchend und trinkend geräuschvoll unterhielten. Beständig wurde einheimisches Bier, Wein, Paraty und Orangenschynaps bestellt. Auf dem mit Sand bedeckten Boden lagen Käserinden, Stücke gebratener Leber, Fischgräten und so weiter, die zu erkennen gaben, daß Guarnize auf jede Art von Hunger und Durst vorbereitet war. Seitlich auf der Bar stand ein Teller mit Roastbeef und Kartoffeln, ein Schinkenknochen, von dem das meiste Fleisch schon weggeschnitten war, und eine Schüssel mit gebratenem Fisch. Auf einem Regal dahinter befand sich ein reichliches Sortiment von Flaschen. Zwei große Akzentlampen erleuchteten den Raum, und ihr Rauch schlängelte sich zu der ruhigen Decke empor. Durch den Kattunvorhang vor einer Tür im Hintergrunde drang gedämpftes Stimmengewirr, dem es jedoch nicht gelang, die dicke schwere Luft im Lokal zu durchdringen. Bataca blieb einen Augenblick am Eingang stehen, simulierte starke Betrunktheit und trat ein. Seine Augen wanderten von Tisch zu Tisch, aber Firmo war nicht zu sehen. Er erblickte jedoch ein vertrautes Gesicht und wandte seine Schritte zu einem Tisch, wo eine dünne, magere, schlecht gekleidete Mulattin mit einer alten, fast blinden Frau und einem älteren Mann, der ganz kahl war und augenscheinlich an Asthma litt, zusammensaß. „Hallo, Florinda!“ rief Bataca und gab dem Rädel einen Klaps auf die Schulter. Sie wandte sich um, erkannte ihn, und erwiderte seinen Gruß. „Wo hast du denn die ganze Zeit gesteckt?“ fragte er, „ich habe dich ja ewig nicht gesehen.“ „Oh, ich bin immer noch dieselbe wie früher. Seit ich mit Herrn Bento zusammenlebe, gehe ich selten aus.“ „Ah“, sagte Bataca, „du hast einen Liebhaber?“ „Immer gehabt.“ Und dann, von dem ungewohnten Glas Bier am Sonntagabend redeliebig geworden, erzählte sie ihm, wie sie nach ihrer Flucht aus dem Hause den ganzen Tag herumgestrolcht war und nachts in einem Neubau geschlafen hatte. Am folgen-

den Morgen sei sie von Haus zu Haus gelaufen und habe um Anstellung als Zimmer- oder Kindermädchen gebeten, bis ein älterer Junggeselle sie aufnahm; bei dem war sie mehrere Wochen geblieben. Er kaufte ihr gute Kleider, gab ihr reichlich zu essen und schenkte ihr sogar Geld und Schmuck. Aber sie machte sich nichts aus ihm und rannte mit allem, was er ihr spendiert hatte, zu einem Kaufmann an der Ecke, der ihr bei ihren Einkäufen in seinem Laden immer den Hof gemacht hatte.

„Und da bist du noch?“ fragte Bataca. „A bewahre. Dann wurde ich krank, und er wollte mich los sein und warf mich hinaus. Obendrein behielt er noch alle Sachen, die ich von meinem ersten Herrn mitgebracht hatte. Als ich nun obdachlos auf der Straße lag, nahm sich Bento meiner an, und seit der Zeit bin ich bei ihm. Wir sind sehr arm, aber er ist gut zu mir; also habe ich keinen Grund, mich zu beklagen.“ Als sie bemerkte, daß Bataca sich umfah und jemand suchte, meinte Florinda, daß er gern Bento sehen wollte und fügte hinzu: „Er ist nicht hier — er ist drin. Wenn er spielt, hat er mich nicht gern in seiner Nähe. Er sagt, ich bring ihm Unglück.“ „Und deine Mutter?“ „Armes Ding! Die sitzt im Irrenhaus.“ Das Rädel fing an von Marcianna zu sprechen, aber Bataca gab wenig acht darauf denn in diesem Augenblick wurde der rote Vorhang beiseite geschoben und Firmo erschien schwankend und mit erhöhtem Gesicht. Er versuchte eine Hand voll Kleingeld zu zählen, gab es aber bald auf und steckte alles in seine Hosentasche. „Porfiro, kommst du nicht?“ rief er nach hinten in das Zimmer, aus dem er gekommen war. Da er keine Antwort bekam, lief er weiter ins Lokal hinein. Bataca verabschiedete sich eilig von Florinda, bemerzte sich wieder mit allen Zeichen stärkster Betrunktheit vorwärts und brachte es fertig, gegen Firmo anzuprallen, den er fallend um Verzeihung bat. Firmo drehte sich ärgerlich um, als er aber den anderen erkannte, überließ er den Vorfall, und sie beschlossen, gemeinsam ein Glas zu trinken, worauf sie sich in einen erhöhten Weistreit entwickelten, wer zahlen sollte. Der Mulatte gab nicht nach und zog einen Geldschein heraus, und der Portugiese stellte erfreut fest, daß Firmo so blau war, daß ihm das Geld, das er herausbekam, durch die Finger rann und zu Boden fiel. (Fortsetzung folgt.)

Selbstverständlich entspricht der Außendienst auch Forderungsgesuchen. Die Beamtinnen führen Photographien der in Frage kommenden jungen Mädchen mit sich und diese sind sehr erstaunt, ganz unerwartet von fremden Frauen mit dem Namen angeredet zu werden.

Befürworterin der Entgleisen.

Ein wichtiges Tätigkeitsgebiet der weiblichen Polizei sind die Recherchen in Verbindung mit Gnadenfälschen, Strafaussetzungen, bedingter Entlassung aus Gefängnissen, Verleihung von Bewährungsstrafen u. a. m. In all den Fällen, wo es sich um Minderjährige bis zu 21 Jahren und um Frauen handelt, erhält die weibliche Polizei entsprechende Aufträge. Hier kollidieren gewissermaßen die Interessen der sozialen Gerichtshilfe und der weiblichen Polizei. Die weiblichen Polizeibeamtinnen, die sämtlich ausgebildete Wohlfahrtsreferentinnen sind, besitzen jedenfalls die nötige Eignung für diese Recherchen. Ein Blick auf die Bestimmungen über die Einstellung, Ausbildung, Prüfung, Verwendung und Einordnung der weiblichen Kriminalbeamten bei den städtischen Polizeiverwaltungen zeigt, welche hohe

Anforderungen an die Vorbereitung der weiblichen Polizei gestellt werden.

Sämtliche Beamtinnen sind nicht nur im Besitze eines Zeugnisses über die Absolvierung einer sozialen Wohlfahrtschule, sondern unterliegen auch einer speziellen kriminologischen Ausbildung. Diese Ausbildungskurse befinden sich für Frauen augenblicklich in Berlin. Eine Anzahl Stellen ist noch unbesetzt und eine Anzahl neuer Stellen dürfte die weitere Entwicklung der weiblichen Polizei erfordern. Insbesondere ist der Ansehenswert in höchstem Maße ausbaufähig. Das preussische Innenministerium und der Sachbearbeiter Regierungsdirektor Haagmann sind allerdings der Ansicht, daß es in erster Linie nicht so sehr auf die Quantität der weiblichen Polizei als auf deren Qualität ankommt.

Die männlichen Kollegen haben aber unter keinen Umständen Grund, in den weiblichen Polizeibeamtinnen eine Art „Konkurrenz“ zu befürchten. Sie bilden nur eine unbedingt notwendige Ergänzung der Tätigkeit der männlichen Kriminalpolizei. Man darf ihrer weiteren Entwicklung zuversichtlich entgegensehen.

Berlins Kampf um die Finanznot.

Der Stadtkämmerer gegen das Geschrei vom „Ausverkauf Berlins“.

In der kommunalpolitischen Pressekonferenz sprach gestern der sozialdemokratische Stadtdirektor Dr. Lange, der besonders seit langem die Geschäfte des Stadtkämmerers führt, über „Die jüngsten finanziellen Maßnahmen der Stadt“.

Der Redner stellte an die Spitze seiner Ausführungen die Feststellung, daß von einem „Ausverkauf Berlins“, von dem ein Teil der Presse anlässlich der letzten finanziellen Maßnahmen der Stadt gesprochen hat, in keiner Weise die Rede sein könne. Gegen den Verkauf oder die Bombardierung von Aktien städtischer Unternehmungen habe sich die Stadt stets mit größter Energie gewandt. Sowohl bei den 45 Millionen Aktien der Deutschen Gasgesellschaft, die bekanntlich bei der letzten Kreditgewährung von dem aus der Preussischen Staatsbank, Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft bestehenden Bankenkonsortium lombardiert wurden, wie auch bei den Aktien der Südwest-L.-G. handelte es sich um Beteiligungen, die kommunalpolitisch von erheblicher Bedeutung für die Stadt seien. Der Redner ging dann noch einmal kurz auf die Lombardierung der Gasaktien ein und erklärte, daß die in der Presse aufgefundenen Mittelungen über einen Protest der amerikanischen Bankfirma Brown, Brothier u. Co. auf eine irrtümliche Information beruhen müßten. Dem Magistrat sei ein solcher Protest nicht zugegangen. Dann kam der Stadtkämmerer auf den Verkauf

zwischen dem reinen Verkauf der Stücke, die zu einem Kurs von 135 Proz. abgegeben werden sollen, und der Diskontierung der Kammereiabgaben. Die Kammereiabgaben beruhen auf Konzeptionsverträgen und seien vom Aktienbesitz völlig unabhängig. Bereits im Vorjahr war das Aktienpaket für Gewährung eines kurzfristigen Kredites in Höhe von 23,2 Millionen lombardiert worden. Dieser Kredit muß jetzt am 31. März 1930 zurückgezahlt werden. Durch den Verkauf der Aktien würde automatisch eine Abdeckung des kurzfristigen Kredites erfolgen und die sofort zu zahlenden Kammereiabgaben in Höhe von rund 35 Millionen Mark könnten für den Haushalt verwendet werden. Man hätte dann die Möglichkeit, die schon beim Nachtragshaushalt vorgeschlagenen Steuererhöhungen, die eine Einnahme von 67 Millionen bringen sollen, auf die Hälfte herabzusetzen. Eine Tarifierhöhung für die von der Südwest belieferten Ortschaften komme auch nach Verkauf der Aktien nicht in Frage, da die Südwest durch einen Vertrag zu gleicher Tariffestsetzung wie die Bewag verpflichtet ist. Der Redner kam dann auf die näheren Bestimmungen des Verkaufs zu sprechen, über die wir bereits mehrfach berichteten.

In seinem Schlusswort gab Dr. Lange einen Ausblick auf die zukünftige Finanzlage Berlins. Man konnte aus seinen knappen Ausführungen entnehmen, daß die Stadt auf dem besten Wege ist, die Finanznot trotz größter Schwierigkeiten zu überwinden. Den Haushalt hofft der Stadtkämmerer in Ordnung bringen zu können und für die nächsten Monate sind Kassenchwierigkeiten auch nicht zu erwarten.

Zu den Krediten der Stadt Berlin

wird mitgeteilt: Die am 31. Januar und 28. Februar d. J. fällig gemessenen Tilgungsraten aus dem Ueberbrückungskredit von 58 Millionen Reichsmark in Höhe von je 5 Millionen Reichsmark sind der Preussischen Staatsbank durch die Stadthauptkasse pünktlich überwiesen worden. Die erste Rate des aus abgekauften jenen Kredites über 45 Millionen Reichsmark wird der Stadthauptkasse Anfang März überwiesen.

„Großkapitalist“ als Heiratschwindler.

Er spendet 500 000 Mark für die Gefangenenfürsorge.

Es hat immer etwas Beiläufiges an sich, wenn man in Koalitz, dieser Stätte von Tränen und Leiden, ungewollt vergnügte Stunden verbringt. Die Tragik des Falles tritt eben mitunter hinter der Komik der Situation in einer Weise zurück, daß die Sachmisterie rein automatisch in Bewegung gesetzt werden. So war es jetzt vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Auf der Anklagebank saß ein etwa 35jähriger Mann namens Schützenbüchel und neben ihm seine langjährige „Braut“, Fräulein V. Er, bereits mehrfach vorbestraft, hatte sich wegen Betruges in mehreren Fällen zu verantworten, sie wegen Beihilfe.

Der Anfang der Kriminalgeschichte dieses Hochstaplers untercheidet sich in keiner Banalität in nichts von hunderten ähnlicher Betrügerschicksale. Im Jahre 1929 erhielten seine Bauernreien plötzlich Genuß. Er kaufte ein Auto für 20 000 Mark — gegen Barzahlung mit dreijähriger Lieferungsfrist und holte das Auto nicht ab. Er kaufte ein Grundstück gleichfalls gegen Barzahlung und ließ den Vertrag selbstverständlich unerfüllt. Dann machte er die Bekanntschaft eines Vertreters von Goldminen. Er trat in Verbindung mit der Gesellschaft, erzählte, er habe großen Kredit bei der Reichsbank, stehe in Verbindung mit Wron Kreutzer usw. Zur selben Zeit legten seine Heiratschwindeleien ein. Auf Grund von Anträgen bei verschiedenen Frauen Herz und Hand an, erzählte von seinen schwedischen Goldminen, von seinen Gütern und Geschäftsunternehmungen, erhielt in einem Falle 3000 Mark, im anderen Falle ungefähr die gleiche Summe und gab als Sicherheit Wechsel auf amerikanische Banken, die gefälscht waren.

Aber erst im Gefängnis entwickelte sich seine Phantasie zu voller Blüte. Eine Probe davon bekam man im Gerichtssaal zu kosten. Ein schöner, großer Mann, allerdings mit einem kleinen Sprachfehler behaftet, stellte sich Schützenbüchel als Direktor der Produktions-Goldminen A.-G. in Stockholm, vor. 3500 Mark monatlich sei sein Gehalt, außerdem erhalte er Lohnteile, 30 000 Tonnen Gold produziert seine Gesellschaft pro Monat und habe ein Verdienst von 600 000 Mark. Nur weil er ihn als Risikodeckung hatte, konnte Schacht in der Pariser Konferenz seine entscheidende Haltung einnehmen. Sein Gold würde Deutschland aus der Miere retten. Der Vorsitzende meinte, warum er, wenn er über derartige Reichtümer verfüge, die armen Frauen um so kleine Beträge gebracht habe. „Aber bitte“, sagte der Angeklagte, „hier ein Scheck von 500 000 Mark. Wollen Sie sofort bei der Reichsbank tauschen und meine sämtlichen Schulden begleichen.“ Er schreibt den Scheck aus, der Vorsitzende geht auf das Spiel ein, tut so, als lasse er laisssächlich bei der Reichsbank anfragen, ob Deckung vorhanden sei. Unterdessen empfiehlt der Angeklagte dem Vorsitzenden, sich auch selbst mit seinen Goldmineralien zu versorgen — sie werden auf der Börse mit 500 gehandelt — und erzählt eine schaurige Geschichte, wie er vom Gefängnis aus dem Justizministerium 500 000 Mark für die Gefangenenfürsorge angeboten und wie er ein Dankschreiben als Antwort erhalten habe. Tatsächlich hat man das Angebot für ernst gehalten. Der Staatsanwalt in Holtheimstadt hat den Angeklagten sogar gefragt, wann er das Geld zu zahlen beabsichtige. Dr. Körsich aus der Strafanstalt Tegel erklärte, daß er

aus seiner früheren Kenntnis des Angeklagten ihn für geistig minderwertig gehalten habe, jedoch nach alledem, was er hier gehört habe, auf Grund von § 51 die Unternehmung des Bestzustandes in einer Irrenanstalt beantragen müsse. Das Gericht entschied entsprechend dem Antrag des Sachverständigen und vertagte die Verhandlung.

Studenten gegen Schupo.

Studentendemonstration vor dem Schöffengericht.

Die Studentendemonstrationen vor dem Kultusministerium, die im Sommer zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Studenten führten, beschäftigten loben noch einmal das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Arndt.

Am 28. Juni hatten die nationalen Studenten beschlossen, anlässlich des zehnten Jahrestages des Versailler Vertrages eine Trauerkundgebung in der Universität abzuhalten. Da ihnen diese Kundgebung unterlag wurde, zogen sie auf den Hegelplatz, der hinter der Universität liegt, und protestierten gegen das Verbot. In der Versammlung stellten die Worte: „Auf zu Bester“, und es formierte sich ein Zug, der vor das Kultusministerium marschierte. Schon dort kam es zu Zusammenstößen mit Polizisten, die sich wiederholten, als die Studenten vor das Reichspräsidentenpalais zogen und verschiedene Plakate hielten. Die Polizei war beauftragt, den Zug aufzulösen, die Demonstrationen innerhalb der Baumwelle streng verboten waren. Wie die Studenten behaupteten, hätten die Polizeibeamten dabei auf fei trückerisch grundtes mit Gummiknüppeln eingeschlagen. Eine ganze Reihe junger Leute wurde festgenommen und erhielten Strafbefehle wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen Beamteneinbeleidigung und wegen Ueberschreitung der Baumwelle. Einige Studenten hatten dagegen Einspruch beim Schöffengericht erhoben, das schon in der ersten Verhandlung einen Angeklagten, den Studenten Stewer, freisprach. Die Einsprüche zweier weiterer Studenten, die inzwischen Berlin verlassen haben, wurden zurückgewiesen.

Kammern standen als Angeklagte vor dem Gericht die Studenten Wiefemann, Kau, Hippler, Wallbruch, Egemund und Gronau, die wegen Widerstandes, Beleidigung und Verletzung des Bannmüllengesetzes Strafbefehle von 30 bis 150 Mark erhalten und darüber gerichtliche Entscheidung gefordert hatten. Bei ihrer Vernehmung gaben die meisten an, daß sie bei der eigentlichen Demonstration nicht zugegen waren, sondern als Unbeteiligte dazukamen und sich darüber aufreuten, wie groß die Beamteneinbeleidigung gegen die Studenten vorgingen. Nur so seien ihre Schimpfworte gegen die Polizeibeamten zu verstehen. Die Verhandlung, in der eine große Anzahl von Polizeibeamten als Zeugen gehört werden, war um Mitternacht noch nicht beendet.

Erziehungsbefehle für Arlegetwaffen (auch Halsweifen) werden nur vom Bewilligungsmonat ab und nur für das laufende Rechnungsjahr (1. April 1930 bis 31. März 1931) erteilt. Der Reichsbund der Kriegsbefähigten mag deshalb darauf aufmerksam, daß Anträge auf Weitergewährung und erstmalige Anträge baldmöglichst an die zuständige Bezirksstelle zu richten sind.

Benzineexplosion in einer Fabrik

Zwei Arbeiterinnen verletzt.

Am Freitag nachmittag ereignete sich in der Bahnhofsstraße 22 in Charlottenburg eine Explosion von Benzindämpfen, bei der zwei junge Arbeiterinnen schwere Verletzungen erlitten.

In dem Fabrikhintergebäude sind u. a. die Schneiderrichtmaschinen der Firma Glatz untergebracht. Gegen 14 Uhr waren dort die 23jährige Arbeiterin Elfriede Wolff aus der Großbeerenstr. 55 und die gleichaltrige Emma Freuß aus der Raumnstr. 73 mit Reinigungsarbeiten beschäftigt, dazu sie Benzin verwendeten. Im Laufe der Zeit sammelten sich in dem Raum die gefährlichen Benzindämpfe an, die aus noch ungeklärter Ursache zur Explosion gelangten. Durch den starken Luftdruck wurde eine Wand völlig eingedrückt. Die beiden Arbeiterinnen wurden von den hervor-schießenden Stachlammern erfaßt und verletzt. Die 23jährige Elfriede Wolff wurde durch die Feuerwehr ins St. Robert-Krankenhaus in Schöneberg gebracht. Die Verletzungen ihrer verunglückten Kollegin stellten sich als nicht sehr gefährlich heraus, sie konnte nach Anlegung von Rotverbanden in ihre Wohnung gebracht werden.

Das Großfeuer in der Bülowstraße 91, worüber wir gestern bereits kurz berichteten, beschäftigte ein starkes Feuerwehraufgebot noch bis in die späten Nachmittagsstunden hinein an der Brandstelle. Das Feuer wurde unter Einsatz von sieben Schlauchleitungen niedergelämpft. Die Entstehungsurache konnte bisher nicht ermittelt werden. — Ein weiteres Feuer kam in nächster Nähe, in der Rollendorferstraße 11/12, gegen 17.30 Uhr im Direktionsbüro der Reinhardt-Berliner-Bahnen zum Ausbruch. Die Flammen richteten großen Sachschaden an und die Wehren hatten über eine Stunde zu tun, um den Brand niederzutämpfen. Als Entstehungsurache wird Fahrlässigkeit vermutet.

Das Streckenunglück auf der Hochbahn.

Ueber die Frage, wer die Schuld an dem schweren Unglück auf den Gleisen der Hochbahn am Schlesischen Tor trägt, das zwei Streckenarbeitern das Leben kostete, konnte noch keine völlige Klärung geschaffen werden. Die Leichen der tödlich Verunglückten, des 56jährigen Kolonnenführers Emil Paschin und des 33jährigen Arbeiters Karl Sperber, sind vorläufig von der Kriminalpolizei beschlagnahmt worden.

Nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis scheint es, daß der vorchriftsmäßig aufgestellte Sicherheitsposten rechtzeitig das Warnungssignal gegeben hat. Offenbar ist es von Paschin und Sperber, die etwa 80 Meter von der Hauptgruppe entfernt arbeiteten, bei den Straßenlärm überhört worden. Auch der Zugführer ist inzwischen eingehend vernommen worden. Nach seinen Angaben führte er den planmäßig um 9 Uhr 42 Minuten von der Endstation Markthauer Brücke in Richtung Hauptstraße abgehender Zug. Kurz nach Verlassen des Bahnhofs Dithowen bemerkte er plötzlich in der scharfen S-Kurve auf der Höhe der Földensteinstraße zwei Arbeiter auf dem Gleis, die in gebückter Haltung an den Schienen beschäftigt waren. Der mit 25 Kilometer Geschwindigkeit fahrende Zug wurde vom Führer mit aller Kraft gebremst, es konnte aber trotzdem nicht mehr verhindert werden, daß die beiden Arbeiter unter die Räder gerieten.

Der Zugführer war an der Spitze durch tiefsten Nebel und durch die Kurve behindert. Außerdem verlor ihn die Bergleuchtung an der Mauer die niedergebügten Körper der beiden Männer. Das Signal des Postens ist von Paschin und seinem Begleiter wahr-scheinlich überhört worden. Das Unglück ereignete sich genau gegenüber der Einmündung der Földensteinstraße.

Der unpolitische Stahlhelm!

Wieder eine Professorenblüte.

An der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin hat sich dieser Tage eine Ortsgruppe der „Sozialistischen Studentenschaft“ gebildet. Wie an allen Hochschulen beantragte diese unter Einwirkung der Schöpfung beim Rektor die Genehmigung eines Anschlagbrettes. Der Rektor, Professor von Obbig, lehnte dem Vorstand das Gesuch ab mit der Begründung, daß er politische Gruppen an seiner Hochschule nicht dulden könne und auch nicht dulden werde. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß an der Hochschule unter anderen rechtsstehenden Gruppen doch auch der Stahlhelm anerkannt sei. Hierin vertagte sich der Herr Hochschulbeamte von Obbig zu der korrekten Äußerung, daß der Stahlhelm eine unpolitische, überparteiliche Organisationsform sei; die Schöpfung der betreffenden Hochschulgruppe bestanden das ja auch ausdrücklich. Diese Einstellung eines Hochschulverwalters der deutschen Republik ist ein neuer Beweis der Hochschulreaktion und zeigt die Notwendigkeit, hier recht schnell und ein-deutig durchzugreifen. Die sozialistischen Studenten werden durch dieses Nationalistenmanöver in ihrem Anstieg nicht aufgehalten werden.

Beginn der „6 Tage“.

Start der 15 Mannschaften!

Ausserkaut war die große Sportpalasthalle noch lange nicht, als gestern, 22 Uhr, der Starter das Fünfehnerfeld auf die ersten Kunden der über 145 Stunden gehenden Fahrt schickte.

Borrenauen leiteten den Abend ein. Sie brachten keine sonderlichen Kämpfe. Das Verfolgungsrennen gewonnen Lehmann — Wille über die Gebrüder Walle, während der Endlauf des Walfahrens Kantowicz in Front sah. Kantowicz sicherte sich auch das 150-Runden-Fahren. Dann erschienen noch und nach die Akteure auf dem Holzbock, schnell noch einige Trainingsrunden zurücklegend. Programmatisch findet alles seine weitere Fortbildung: Vorfahrungsrunde, Kreuzfeuer der Photographen und Startschuß! Die Fahrt beginnt.

Das Feld gesprengt!

Nach einer eintönigen ersten Runde — 40.640 Kilometer sind zurückgelegt — geht das Feld geschlossen in die erste Wertung, die schon im dritten Spurt zu einer Sprengung des Feldes führt. Schön und püer auch Stübche sind die Angreifer, die damit eine Reihe von Jagden eröffnen. Der Stand des Rennens verändert sich ständig.

Kurz vor Mitternacht wird der Stand des Rennens bekannt: Alleiniges Spiegepaar hat Preuß — Rejger, alle anderen Paare liegen 1 bis 4 Runden zurück.

**„Vor der Nase forigefahren . . .“
Soll der Vergangenheit angehören!**

Es ist sehr oft darüber Klage geführt worden, daß Benutzer der U-Bahn an den Endbahnhöfen keinen Anschluß an die Straßenbahn bekämen. Das war darauf zurückzuführen, daß der Straßenbahnfahrer nicht erkennen konnte, ob ein Zug im U-Bahnhof eingelaufen war. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, wurde zunächst am U-Bahnhof Hauptstraße am Innsbrucker Platz eine besondere Signallampe angebracht, die neben dem am U-Bahnhofeingang befindlichen Transparent besetzt wurde. Die Bedienung des Signals erfolgt durch den Zugabfertiger des Bahnhofs. Bei der Ankunft eines Zuges betätigt er kurz vor dem Halten einen im Dienstraum angebrachten Druckknopfschalter. Hierdurch wird ein sogenannter Treppensichtautomat eingeschaltet, der die Signallampe 25 Sekunden aufleuchten läßt. Der Schaffner eines auf dem Platz haltenden Straßenbahnwagens kann nun auf die Nebengassefährgäste warten und diese nach mitnehmen. Hierdurch ist einmal dem Publikum geholfen, und zum anderen ergibt sich daraus auch eine bessere Verteilung auf die einzelnen Wagen, so daß nicht der erste leer weiterfährt, während die anderenzüge die Fahrgäste nicht aufnehmen können.

Im Badezimmer tot aufgefunden.

Der ungesuchte Tod einer 24jährigen Hausangestellten in Walsdorf beschäftigt die Kriminalpolizei. Die 24jährige Friede Bohl war dort in einer Gastwirtschaft, der gleichzeitig eine Landwirtschaferei angegliedert ist, beschäftigt. Gestern in den späten Abendstunden nahm das junge Mädchen ein Bad. Als das Mädchen sich aber nicht wieder zeigte und das Badezimmer verschlossen blieb, öffnete man gewaltsam die Tür und fand Friede Bohl auf dem Fußboden leblos vor. Der Arzt des Ortes stellte den Tod fest, die Ursache konnte er jedoch nicht ermitteln. Da das junge Mädchen herzleidend war, besteht die Möglichkeit, daß es einem Herzschlag zum Opfer gefallen ist. Andererseits wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Kohlenoxyd, die einem unachtsamen Raucher entströmt sind, den Tod verursacht haben könnten.

Vom Deutschen Luftfahrtverband.

Der Deutsche Luftfahrt-Verband hatte Vertreter der Presse in das Flugverbandshaus geladen, um einen Überblick über den Stand des Verbandes und seine Aufgaben zu geben. Staatsminister a. D. Dominicus schilderte die Entwicklung des Verbandes, der in den letzten drei Jahren von etwa 12000 auf 44000 Mitglieder angewachsen ist. Von den Jungfliegergruppen werden außerdem über 6000 Jugendliche erfaßt. Die parteipolitische Neutralität des Verbandes wurde besonders betont, seine Aufgabe erblide er lediglich in der Förderung der Luftfahrt und der praktischen Ausbildung des Flugsports. 61 Freizeitsport, über 300 Gleit- und Segelflugzeuge und 133 Motorflugzeuge dienen der Sportfliegerei. Das Segelflugzeug ist seiner relativ geringen Herstellungskosten und der Möglichkeit der Selbstherstellung wegen besonders für den Flug-sport geeignet; die Segelfliegergruppen des Verbandes stellen ihre Sportgeräte auch meist selbst her. 145 neue Gleit- und Segelflugzeuge werden bis zu Beginn der Flugzeit fertiggestellt. Eigene Segelfliegerschulen und Ausbildungsstellen dienen der Ausbildung im Segelflugsport; von den Fliegerschulen der Deutschen Luftfahrt (S. u. S. 4), einem Tochterunternehmen des Verbandes, besteht Gelegenheit zur Motorfliegerausbildung und zum Erwerb des Kunstfliegerdiploms. Vier größere Besondereveranstaltungen sollen in diesem Jahre stattfinden: zu Pfingsten ein Jungfliegertreffen auf der

Wasserkuppe und im Laufe des Jahres ein Wettbewerb für Segelflugmodelle, der Rhön-Segelflugwettbewerb und die zweite Segelflugwoche Borkenwerke.

Wie steht es um die Graphologie?

Wer zu dem Vortrag „Fehldeutungen in der Schriftbeurteilung und deren Vermeidung“ in der Deutschen Graphologischen Gesellschaft ging und glaubte, aus der Fülle notorisch falscher Gutachten von Graphologen interessante Fälle zu hören, mußte zweifellos enttäuscht sein. Die Vortragende, Frau Maria Hepner, gab nur einen akademisch flüchtigen Beitrag über die Ursachen der häufigsten Fehldeutungen, der die Fachgelehrten gemäß im stärksten Maße interessieren mag, mit dem aber ein Laie wenig anzufangen weiß. Nach der Meinung dieser bekannten Graphologin entstehen viele „Fehldeutungen“ dadurch, daß einzelne Merkmale der Schrift überwertet würden und dadurch ein Charakterbild zu einseitig beleuchtet sei. Besonders die bloße Auszählung von Eigenschaften sei durch die Wortauswahl zu leicht „subjektiv“ gefärbt und gäbe nie den Eindruck der Persönlichkeit. Ob bei auch die Veranlassung des „Deuters“ zu stark in den Vordergrund gerückt und lasse die intuitive Einbildung vermissen, die es dem erfahrenen Graphologen aber erst möglich mache, ein abschließendes Gesamtbild zu formen. An etwa 50 Schriftproben aus allen Bevölkerungsklassen und Berufsständen erläuterte die Vortragende die Interessen, knapp und genau formulierten Grundzüge ihrer Methode.

„Neuigkeiten“ über China.

In einem mit großem Aufwand veranstalteten Diskussionsabend — Minister a. D. Käß führte den Vorsitz — der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft berichtete der Generalsekretär des Verbandes für den Fernen Osten, Dr. Max Linde, über die Eindrücke einer mehrtägigen Reise in China. Herr Linde ist nach China gefahren, um uns in erschütternde Neuigkeiten mitteilen zu können, wie folgende: Die Verkehrs- und Handelsfreiheit sei in diesem Lande in den unruhigen Zeiten sehr gering. Die Ranting-Regierung habe den meisten Bitten, das mit rigorosen, aber bisher leider wirkungslosen Maßnahmen zu ändern. Unter dem Eindruck dieser erschütternden Mitteilungen leerte sich der zuerst überfüllte Saal des Oberverwaltungsgerichts langsam und dann um so schneller, als in der Reihe der auch nicht aufschlafreicheren Diskussionsredner durch eine Dame verkündet wurde, daß die Unbeweglichkeit der chinesischen Gesellschaftsstruktur auf magischen und metaphysischen Bindungen beruhe, die den Chinesen an dem Althergebrachten festhalten.

Medizinische Psychologie an der Universität Berlin.

Immer mehr hat sich in den letzten Jahrzehnten die Einsicht Bahn gebrochen, daß für die ärztliche Wissenschaft und Praxis die moderne Psychologie von grundlegender Bedeutung ist. Nur sie gestattet die mannigfachen Beschwerden des nervösen Menschen, der ja geradezu ein Repräsentant unserer gezeiten, kampfgelittenen und sorgemollen Zeit ist, zu verstehen und an der Wurzel zu behandeln. In diesem Verhältnis zu diesen wichtigen Aufgaben der medizinischen Psychologie standen die bisherigen Ausbildungsmöglichkeiten für Studierende und junge Ärzte in diesem Fache. Das Bedürfnis, sich darin zu unterrichten, trieb daher die Lernenden häufig zu Lehrenten. Es ist daher zu begrüßen, daß nunmehr an der Berliner Universität eine Habilitation für medizinische Psychologie erfolgt ist. Die Habilitationsschrift des Dozenten Dr. phil. et med. Alexander Herzberg gibt eine Analyse der Erregungsphänomene und weist deren zusammengelegten Charakter nach.

Schnellzug rast auf Autobus.

2 Tote, 13 Schwer- und 45 Leichtverletzte.
Florenz, 28. Februar.
Auf einem Bahnübergang bei dem Bahnhof von Ballociano bei Livorno ereignete sich ein schweres Unglück, bei dem zwei Personen getötet und 58 verletzt wurden.
Ein mit 60 Arbeitern besetzter Autobus wurde von einem Schnellzug erfaßt. Der Kraftwagen wurde eine Strecke weit vor dem Zug hergeschoben und schließlich mit den Inassen über eine Böschung geschleudert, wobei 2 Arbeiter getötet und 13 lebensgefährlich verletzt wurden. Die übrigen Inassen erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß die Eisenbahnfahranten nicht geschlossen waren.

Grubenunglück in Ukraine.

Neun Tote, vier Schwerverletzte.
Kowno, 28. Februar.
Wie aus Moskau gemeldet wird, ereignete sich am Freitag in Dnepropetrowsk (Ukraine) in einem Schacht ein schweres Grubenunglück. Durch eine Gasexplosion wurden neun Arbeiter getötet, während vier schwer verletzt wurden. Eine Untersuchungskommission stellte fest, daß das Unglück auf technische Fehler zurückzuführen ist. Der leitende Ingenieur Saitchenko wurde sofort von der DGBIL verhaftet.

21 Proz. Zunahme im Stadt- und Vorortverkehr.

Im Januar dieses Jahres wurden — wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt — auf den Stadt-, Ring- und Vordorbahnlinien insgesamt 39,7 Millionen Personen befördert. Damit wurde der gleiche Monat des Vorjahres, der eine Beförderungszahl von 32,9 Millionen Personen aufwies, um fast 21 Proz. übertroffen. Diese bedeutende Steigerung ist zum größten Teil auf die Elektrifizierung der gesamten Bahnen zurückzuführen.



Sozialistische Arbeiterjugend Dr.-Berlin

Prüfungsausschuss für die Herbst- und Winterklausuren
Berlin S.W.66, Lindenstraße 3

Heute, Sonnabend.

Banken: Die zu heute, Sonnabend, anstehende Funktionärsklausuren 1937 aus den Punktsammlungen haben eine Ferienklausur und Betriebsklausuren beim Vorkurs Kramm, Prinz-Reginald-Str. 42, statt. — **Rechenlehre:** Klausuren beim Lehrer Str. 27-30, Krammstraße. — **Mathematik:** beim Buchhändler 123, Mitteldeutscher Platz. — **Karlsruher:** in der Stellungnahme 128/129, Mitter-Engler von links.

Kursus: V. Kramm fährt nach Köln/Südwesthafen. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Hof, Reutlin.

Rechenlehre: Klausuren: Klausur beim Rechenlehren Kramm, Reutlin-Kramm-Str. 30, 30 Uhr; Bogal-Platz-Klausur. Wegen Erkrankung des Mitgliedsbuches freier Eintritt.

Rechenlehre: Klausuren: Klausuren Treffpunkt der Rechenlehren 8 1/2 Uhr Hof, Reutlin.

Rechenlehre: Klausuren: Klausuren Treffpunkt der Rechenlehren 8 1/2 Uhr Hof, Reutlin.

Achtung!
Hausfrauen
Achtung!

Erklärung!

Die alteingesessenen chemischen Waschanstalten Berlins sind seit Jahrzehnten die Bewahrer Ihres kostbaren Eigentums.

Hüten Sie sich vor Angeboten unzuverlässiger und unerfahrener Firmen. In unserer Branche ist Qualitätsarbeit Hauptsache, nicht der Preis!

Marktschreierische Reklame allein macht es nicht. Leistung auf Grund langjähriger Erfahrung entscheidet.

Wir erhalten Ihre Werte / Wir beraten Sie durch altes Personal.

Sie sparen beim Selbstreinigen am falschen Platz. Selbstreinigen mit feuergefährlichen Mitteln gefährdet Sie.

Denken Sie an die letzten Unglücksfälle! Wir garantieren Ihnen für Qualitätsarbeit.

Halten Sie uns die Treue!

GEBR. ALTENBERG'S FÄRBEREI • H. BERGMANN •
MAX BLOCH • D. COUNDE A. G. • BRUNO GALLUS •
JNH. KA. THIELE • JUDLIN • KALLANE & MEILING •
OSWALD NAEFE AKT. GES. • W. & E. REHBACH •
W. SPINDLER A. G.

Die Erfolge der Preußentasse.

Zwei Jahre landwirtschaftliche Aufbauarbeit. — Das Regime Klepper.

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse hat ihren Jahresbericht für 1929 veröffentlicht. Präsident Klepper hat die Uebergabe des Berichtes an die Presse mit Erläuterungen begleitet, die mehr als in anderen Fällen politisches und öffentliches Interesse haben. Wer weiß, daß die personelle Umstellung in der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse im Winter 1927/28 auch für die deutsche Agrarpolitik einen Wendepunkt darstellte, für den es auch selbstverständlich, daß diesem Geschäftsabschluss und diesen Erklärungen eine besondere Bedeutung zukommt, da sich mit der zweijährigen Arbeit der neuen Preußentasse auch ein

wichtiges Stück neuer deutscher Agrarpolitik

überleben läßt. Präsident Klepper gab dem ihn schon immer führenden Grundgedanken neuen Ausdruck, daß die omittliche Agrarpolitik und die Agrarkreditpolitik notwendig miteinander verbunden seien. Er umschrieb nur den inneren Grund für die Notwendigkeit einer neuen Agrarpolitik und auch der vor zwei Jahren erfolgten Umstellung der Preußentasse, wenn er darauf hinwies, daß man in Deutschland die Vorkriegspolitik der Bodenpreissteigerung mit politischen Mitteln im Jahre 1925 nur fortgesetzt habe, unter Verhältnissen, in denen die Vorkriegsrelationen fehlten, was notwendig zur Krisenverschärfung habe führen müssen. Daß die Preußentasse mit sozialistischen Gedankengängen belastet, von mitschlechtsfremder Romantik erfüllt, bei rationalistischer Einstellung ohne Verständnis für höhere Werte und von dem Willen zur Politisierung des Genossenschaftswesens erfüllt sei, das waren die Behauptungen, die seit zwei Jahren die Arbeit der Preußentasse begleitet haben. Heute sei die sachliche Linie der Preußentassenarbeit unbestritten. Die agrarpolitische Erkenntnis, die Entwicklung des Genossenschaftswesens haben der Preußentasse recht gegeben, und die politische Kritik sei schweigend geworden.

Ein Primat der Landwirtschaft könne in der Volkswirtschaft nicht gut anerkannt werden; die Landwirtschaft ausschließlich als leidendes Objekt zu behandeln, habe eine Erziehung zu gefährlicher Passivität zur Folge. So müsse auch die Preußentasse als Staatsinstitut ihre Funktion nach allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren, unbeschadet der Verpflichtung, das äußerste zugunsten der Landwirtschaft zu leisten. Gute genossenschaftliche Kreditnehmer werden sich über zu große Mittel aus der staatlichen Genossenschaftszentrale als Geldnehmer nur zu ihrem Vorteil beklagen können.

Der Krisenverschärfung habe die Preußentasse durch die Individualisierung der Kreditpolitik, durch Betriebs- und genossenschaftliche Gebietskontrolle, durch die besondere Beobachtung und Kontrolle in den Krisengebieten und auch durch die Leistungssteigerung im eigenen Betrieb zu begegnen versucht. Bedenklich seien die Verluste von oben, die Waren- und Marktorganisation der Berechnungsprodukte in der Landwirtschaft zu regulieren. So notwendig die generelle Beobachtung der Märkte und der zentrale Erfahrungsaustausch seien, so werden doch die in der Produktion selbst und in der Abhorganisation erforderlichen Maßnahmen sich von unten heraus entwickeln müssen.

Die Lage in den östlichen Gebieten ist immer noch ernst.

Die Belebung des Gütermarktes sei Voraussetzung der endgültigen Besondung der öffentlichen Kreditverhältnisse. Der Versuch der Umschuldung im Osten habe vielfach sehr wenig genutzt, und zahlreiche „umgeschuldete“ Betriebe ständen heute vor dem Zusammenbruch. In Pommern und in der Grenzmark sei die Lage heute vielleicht noch komplizierter als in Ostpreußen. Die Notwendigkeit der Schaffung einer Aufbaugeneration bestehe heute wie je. Die Aufgabe der Zukunft sei Ausbau des Ertrages und neuer agrarpolitischer Aufbau.

Im Geschäftsbericht und auch in seiner Rede hat Präsident Klepper das eigentliche große Werk der Preußentasse, die Sanierung und Vereinfachung des

landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens,

nur kurz berührt. Aber die deutsche Öffentlichkeit weiß, daß in der Sanierung der Genossenschaften schlechthin Entscheidendes für die Landwirtschaft geschehen ist. Freilich darf auch die Öffentlichkeit und darf die Landwirtschaft vor allem nicht vergessen, daß von den 75 bis 80 Millionen Mark Verlusten, die aus der Genossenschaftskatastrophe abzudecken sind, mehr als 60 Millionen Mark vom Steuerzahler, das heißt von den Bürgern der Städte, den Käufern der landwirtschaftlichen Produkte zugunsten der Landwirtschaft getragen werden müssen.

Das Zahlenwert der Bilanz und der Gewinnrechnung

kann natürlich von dem, was die Preußentassenarbeit ausgemacht hat, nur eine sehr undeutliche Vorstellung geben. Wohl noch nie hat die Politik einen so ausschlaggebenden Einfluß auf die Entwicklung des Bilanzbildes gehabt, wie bei der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, wo ein volkswirtschaftlicher Kaufmann es für selbstverständlich hielt, daß für die Zeit des Wiederaufbaus der deutschen Landwirtschaft allein die höheren Gesichtspunkte der Agrarpolitik und der Agrarkreditpolitik zur Richtschnur der Geschäfte dienen dürfen, weil die Routine allein in den vollständig veränderten Verhältnissen der Nachkriegszeit verlagern muß. Demnach beweist ein Vergleich der Bilanzen von 1927 bis 1929, daß die gewaltige, der Preußentasse gestellte Aufgabe, selbst wieder die Aktionsfähigkeit zu erreichen und die landwirtschaftlichen Kreditverhältnisse sowie als möglich zu sanieren, weitgehend gelöst worden ist.

Das Grundkapital ist nominell von 79,6 auf 219,6 Millionen verstärkt worden, und wenn auch noch rund 119 Millionen einzuzahlen sind, so stehen doch heute aus Neueinzahlungen bereits 32 Millionen mehr zur Verfügung als Ende 1927. Die ordentlichen Rücklagen sind von 8 auf 14,5 Millionen erhöht, und man kann annehmen, daß die stillen nicht ausgewiesenen Reserven der Preußentasse die der Abdeckung der Genossenschaftsverluste dienen müssen, sehr vermehrt wurden.

Gewiß hat sich die Landwirtschaft seit 1927 durch Bildung eigenen Betriebskapitals auch von innen der gestärkt. Wenn aber die zur Kreditgewährung von der Preußentasse aufgenommenen Gelder in den beiden letzten Jahren von 796 auf 495 Millionen Mark zurückgegangen sind (wobei der Rückgang der Remittandenanteile nur rund 50 Millionen ausmacht), so ist das ein Beweis der gelungenen außerordentlichen inneren Stärkung und Unabhängigmachung der Preußentasse. Dafür sind zahlenmäßige Zeugen der vollständigen Wegfall des Lombardkredits bei der

Reichsbank Ende 1929, der Rückgang der Inanspruchnahme der Reichsbank für Wechselkredite von 391 auf 124 Millionen und die Steigerung der Guthaben und Einlagen in den letzten beiden Jahren von 63 auf 119,1 Millionen, wobei der letztjährige Rückgang um rund 60 Millionen nur auf die Abberufung der Umschuldungsanleihe der Landesbankzentrale, also auf ein zwangsläufiges Moment zurückzuführen ist.

Der eigene Wechselbestand ist gegen Ende 1927 von 286 auf 221, die Summe der weitergegebenen Wechsel von 391 199 Millionen Mark gesunken. Die Unabhängigkeit, insbesondere von der Reichsbank, wurde durch die stärkere Ausschöpfung des offenen Geldmarktes, offenbar mit Erfolg, stark gefördert. Die volle Aktionsfähigkeit der Preußentasse dürfte heute wohl von niemandem mehr bezweifelt werden.

Die Entwicklung der Preußentassenbilanzen zeigen das merkwürdige Bild, daß die Bilanzsumme in zwei Jahren von 979 auf 917 und dann auf 849 Millionen zurückgegangen ist, daß aber gleichzeitig der Umsatz von 42 auf 60 Milliarden gesteigert werden konnte. Ebenfalls ein Zahlenbeweis dafür, wie man durch gleichzeitige quantitative Mehrleistung und Mehrarbeit die qualitative Verbesserung der Leistung gesichert hat. Dafür spricht auch die Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung.

Marodeure über Berlin.

Eine schamlose Zumutung der Schwerindustrie.

Wir haben bestimmte Kenntnis davon, daß die Ruhrgas-Kohlen-Gesellschaft, Essen, eine Unternehmung der Rheinisch-Westfälischen Schwerindustrie, Verhandlungen mit Berliner Stellen angeknüpft hat, deren Ziel die 50prozentige Stilllegung der Berliner städtischen Gaserzeugung und der Ferngasbezug von der Ruhr ist. Von der Ruhrgas A.-G. sind in Berlin die Herren Seipel, Post, Gebhardt und Baron von Luc. Die Ruhrgas-A.-G. will Berlin dafür einen Kredit von 30 Millionen bis 40 Millionen vermitteln.

Die Transaktion steht im Zusammenhang mit der beabsichtigten Japandgabe der 45 Millionen Aktien der Deutschen Gasgesellschaft an das Bankenkonglomerat, das den vorläufigen Kredit an Berlin gewährt hat. Den Banken will man das Ruhrgas „geschäft“ mit Berlin dadurch plausibel machen, daß man die Uebernahme der Garantie für den hinter der Verpfändung der Gasaktien stehenden Kredit ableitet. Das Ziel dürfte hier der Erwerb oder wenigstens die Bindung der Aktien der Deutschen Gasgesellschaft zugunsten der Ruhrgas-A.-G. sein.

Wir erwarten von den Stellen, mit denen die Ruhrunterhändler in Verbindung getreten sind, eine eindeutige Erklärung zu diesen Feststellungen. Wir lenken die Aufmerksamkeit der amtlichen Stellen und der Öffentlichkeit auf diese Vorgänge.

Der Mißbrauch der vorübergehenden, größtenteils unerschuldeten Finanzklemme der Reichshauptstadt Berlin hat einen Umfang und Formen angenommen, deren sich ein anständiger Mensch mehr und mehr schämen muß. Was aber hier Berlin zugemutet wird, sind nicht mehr Geschäfte und Angebote ehrlicher Kaufleute, das ist aus einer Moral von kapitalistischen Marodeuren geboren, die auch in Berlin bisher unbekannt war.

Das Vorgehen der Ruhrgesellschaft ist ein offener Skandal. Es wird Zeit, daß unter den bisherigen privatwirtschaftlichen Kontrahenten der Stadt Berlin jemand aufsteht, der die Ehre anständiger Kaufleute verteidigt. Das Vorgehen der Ruhrgesellschaft belastet sie sonst alle.

330 000 Wohnungen 1929.

Nach den Schätzungen des Statistischen Reichsamts sind im verfloffenen Jahr rund 330 000 Wohnungen in Deutschland gebaut worden gegenüber 310 000 im Vorjahr. In Preußen allein hat sich der Reinzugang an Wohnungen von 185 500 im Jahre 1928 auf 198 500 im Jahre 1929 erhöht. Die Situation auf dem Baumarkt wird dahin gekennzeichnet, daß die Bauertaubnisse weiter zurückgegangen sind.

Konjunktur Ende Februar.

Die Prognose des Konjunkturinstituts.

Das Institut für Konjunkturforschung beurteilt die gegenwärtige Wirtschaftslage in ihrer neuesten Veröffentlichung, auf die wir noch zurückkommen, folgendermaßen:

Die Wirtschaftslage ist durch einen außerordentlich hohen Stand der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Trotz der milden Bitterung dieses Winters ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in den letzten Monaten weit stärker als sonstmäßig gestiegen. Die industrielle Produktion ist im ganzen weiter zurückgegangen. Die Bautätigkeit ist beträchtlich eingeschränkt worden. Die schwierige Lage der Landwirtschaft hat sich noch verschärft. Die Umsätze in konjunkturabhängigen Waren haben nachgelassen. Die Preise sind weiter gesunken. Im Zusammenhang mit der Abchwächung der weltwirtschaftlichen Konjunktur haben die Wettbewerbschwierigkeiten auf den Auslandsmärkten zugenommen.

Die Entspannung der Kreditmärkte hat weitere Fortschritte gemacht. Die Geldsätze haben ihren konjunkturellen Rückgang fortgesetzt. Seit Anfang dieses Jahres beginnt die Verbilligung auch auf den Kapitalmarkt überzugreifen. Am Kapitalmarkt hat der Kreditdruck nachgelassen.

Diese Gestaltung der Kreditmärkte liefert Anzeichen einer neuen Konjunkturphase. Nachdem vor einem Vierteljahr die Depression als nahe bevorstehend angekündigt wurde, kann nunmehr festgestellt werden, daß sich der Uebergang zur Depression vollzieht. Bei fortschreitender Entspannung der Kreditmärkte dürfte weiteren Rückgängen der wirtschaftlichen Tätigkeit zunehmender Widerstand erwachsen. Für einen neuen Konjunkturaufschwung sind die Voraussetzungen indes noch nicht gegeben. Der Eintritt bleibt im wesentlichen abhängig von einer

bei der zu beachten ist, daß vor dem Ausweis der Gewinne beträchtliche stille Reserven gebildet wurden. Dennoch haben sich die Einnahmen 1927 bis 1929 von 9,64 auf 10,03 und dann auf 11,96 Millionen Mark erhöht. Die Geschäftskosten sind nur einmal, im Jahre 1928, von 4,87 auf 5,64 Millionen gestiegen, um im Jahre 1929 auf 5,60 Millionen zurückzugehen.

Die Konsumvereine haben durch Erhöhung ihrer Einlagen von 15 auf 30 Millionen der Landwirtschaft eine verstärkte Hilfe durch die organisierten Verbraucher gewährt.

Die Arbeit der Preußentasse in den beiden letzten Jahren enthält eine wichtige und politisch bedeutsame Lehre. Die zwei Jahre neue Preußentasse lehren für die deutsche Agrarpolitik, daß es auch in der Landwirtschaft aufwärts gehen kann, wenn man den Mut hat, die Widerstände des alten Systems personell und damit sachlich zu brechen, und wenn man die richtigen Leute, das heißt Menschen mit richtigen Erkenntnissen und klarem Willen, die die gesamtwirtschaftlichen Interessen den Einzel- und Standesinteressen voranzustellen, an die verantwortlichen Stellen setzt. Daß das gelingen ist und daß damit der Landwirtschaft ein großer Dienst erwiesen wurde, ist in allererster Linie das Verdienst der preußischen, als sozialistisch und damit als landwirtschaftsfeindlich vertriebenen Regierung. Wir glauben nicht zuviel zu sagen mit der Behauptung, daß heute, zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der Semperischen Ära in der Preußentasse, ehrlich wohl niemand in der Landwirtschaft diese Zeiten zurückwünscht. Und das ist die beste Rechtfertigung für die in der Preußentasse in den letzten Jahren geleistete Arbeit.

stärkeren Verbilligung der Kreditmärkte, insbesondere von einer reichlicheren Kapitalversorgung. Wichtige Impulse wären von einem stärkeren Zufluß langfristiger Auslandskredite zu erwarten.

Eine gewisse Belebung in der Wirtschaft wird aber aus saisonmäßigen Gründen wahrscheinlich gemacht. So ist, wie im Frühjahr üblich, für die kommenden Monate mit einem saisonmäßigen Rückgang der Arbeitslosigkeit, einer Zunahme der Beschäftigung und einer Steigerung der Umsätze zu rechnen.

Heinemann—Oliven—Berlin.

Die Zusammenarbeit der belgischen Elektrizitätskonzerne.

Dieser Tage weiß Dannie Heinemann, der Chef des belgischen Sofina-Konzerns, in Berlin. Vermutlich hängt seine Anwesenheit mit den auch von uns gemeldeten Verhandlungen zwischen der Gesellschaft und der Stadt Berlin über ein Aktienpaket der Elektrizitätswert Südwest L.G. zusammen; denn die Gesellschaft dürfte die angebotenen 57 Millionen Mark nicht aus der eigenen Tasche bezahlen; vielmehr ist eine Zusammenarbeit gerade mit der Sofina nach früheren Erfahrungen mehr als wahrscheinlich.

Man darf aber wohl annehmen, daß dies keineswegs das einzige Geschäft ist, um derenwillen Herr Heinemann Berlin aufgesucht hat. Da sowohl er wie auch Generaldirektor Oliven nach der Gesellschaft in den letzten Monaten mehr als einmal ausgesprochen haben, daß sich sehr in Deutschland das private Kapital härter als bisher beschaffigen könnte und da die finanzielle Notlage vieler Gemeinden gerade auf dem Elektrizitätsgebiet den privaten Gruppen verlockende Beute zu versprechen scheint, so gilt auch diese Reise ganz ohne Zweifel dem Programm, so umfangreich wie möglich die öffentliche Hand durch private Kapitalgruppen zu erleben.

Dannie Heinemann hat eben erst das Rückgrat seines Konzerns in Belgien ganz bedeutend verstärken können. Nach langen Verhandlungen ist Mitte Februar in Brüssel ein Abkommen zwischen einer Reihe großer Finanzierungsgesellschaften für Elektrizitätsunternehmungen zustande gekommen. Die Sofina, die jahrelang in allerersten Geschäftsbeziehungen zur Banque de Bruxelles gestanden hatte, hat diese Verbindung zwar nicht vollständig gelöst, aber gelockert, und hat dafür die Beziehungen zur größten Bank Belgiens, der Société Générale de Belgique, immer enger ausgestaltet. Diese Bank hatte schon vorher eigene Finanzierungsgesellschaften dieser Art unter ihrer Kontrolle, und zwischen diesen und der Sofina ist nunmehr ein Abkommen zustande gekommen, das praktisch darauf hinausläuft, daß künftighin die technische Leitung auch dieser Gesellschaften in die Hände der Sofina gelegt wird, während als führende Finanzkraft die Société Générale de Belgique endgültig anerkannt wird. Ein Mitglied der Sofina-Verwaltung wird Generaldirektor des in den letzten Jahren immer größer gewordenen Electrobél-Konzerns, zwischen der Electrobél und der Sofina werden verschiedene Aufsichtsratsmitglieder ausgetauscht, und auch die Finanzierungsgesellschaft Société de Traction et d'Electricité wird in gleicher Weise in diese große Interessengemeinschaft eingegliedert.

Diese Vereinbarungen bedeuten für die belgische Elektrizitätswirtschaft einen wichtigen Zusammenbruch, der auch in technischer Hinsicht neue Ausbaumöglichkeiten erlaubt. Die internationale Bedeutung dieses Vorganges liegt darin, daß alle erwähnten Finanzierungsgesellschaften teils unmittelbar, teils aber auch mittelbar durch zahlreiche kapitalstarke Tochtergesellschaften sehr umfangreiche Elektrizitätsinteressen außerhalb der belgischen Grenzen vereinigen.

Auch bei Koffer-Mädler steht es schlecht.

Die sehr bekannte Koffer- und Taschenfabrik R. Koffer & M. Mädlar in Leipzig mußte kürzlich ihre Gläubiger um „Nachsicht“ bitten, und die Leitung des Unternehmens hat sich jetzt mit einem Konkursantrag an die Gläubiger gewandt. Die vor einigen Jahren erfolgte Umstellung auf Feinlederwaren hatte sehr viel Geld gekostet; es soll sehr viel auf Lager gearbeitet worden sein, während der Absatz stochte. Die Hauptgläubiger sollen in Offenbach, der Zentrale der deutschen Lederwarenindustrie, sitzen, die Verpflichtungen weit über eine Million Mark betragen.

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Februar auf 150,3 gegenüber 151,6 im Vormonat. Sie ist somit weiter zurückgegangen. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf eine weitere Entwertung der Ernährungsausgaben zurückzuführen und zwar an heimische Nahrungsmittel eher Gemüse und Kartoffeln im 4. nachgegeben. Die Indizes für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 gleich 100) für Ernährung 147,9, für Wohnung 126,8, für Heizung und Beleuchtung 153,7, für Bekleidung 169,4, für sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr 102,0.

Mieterschutz einjährig verlängert.

Nachtragshaushalt dem Ausschuss überwiesen.

Der Reichstag beriet am Freitagvormittag die Verlängerung der Mieterschutzgesetze in zweiter Lesung.

Abg. Dufe (D.-F.) begrüßt es, daß der Wohnungsausschuss statt bis zum 30. Juni 1932 nur bis zum 30. Juni 1931 verlängert wird. Mit der Zwangswirtschaft müsse Schluss gemacht werden. Die Wirtschaftspartei beantragte die Verkürzung der Geltungsdauer bis zum 30. September 1930; im Falle der Ablehnung solle wenigstens bis zum 1. Oktober 1930 ein befristetes Uebergangsgesetz vorgelegt werden.

Abg. Dr. Steiner (Dnat.) begründet gleichfalls einen Antrag, die Mieterschutzgesetze nur bis zum 30. September 1930 zu verlängern und die Schutzbestimmungen nicht anzuwenden auf Mietverträge, die über freigeordnete oder freizuerwerbende Räume nach dem 1. April 1930 abgeschlossen wurden.

Abg. Frau Dr. Hertwig-Bänger (D. Sp.) bedauert, daß der Wohnungsausschuss sich nicht mit der weiteren Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft beschäftigt habe. Die nötige und sofortige Aufhebung fordere auch die Volkspartei nicht, aber eine Lockerung sei dringend notwendig. Die Volkspartei wird dem Antrag der Wirtschaftspartei zustimmen.

Abg. Dr. Käly (Dem.) bekämpft den Antrag der Wirtschaftspartei. Eine nur halbjährige Verlängerung des Gesetzes würde die Wirtschaft sehr beunruhigen. Die Demokraten werden für den Ausschussantrag desweswegen stimmen, weil sie eine gründliche Nachprüfung des bestehenden Rechts wünschen.

Abg. Schumann-Belzig (Komm.) ruft den Mietern zu, wachsam zu sein, denn der Mieterschutz bleibe dauernd bedroht.

Der sozialdemokratische Antrag auf zweijährige Verlängerung des Mieterschutzes wird im Himmelsprung mit 142 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gegen 168 Stimmen aller anderen Parteien abgelehnt.

Die Anträge der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen werden mit 250 gegen 112 Stimmen abgelehnt. Darauf wird die Ausschussfassung — ein Jahr — angenommen und in dritter Lesung verabschiedet.

Dem Internationalen Sanitätsabkommen wird zugestimmt. Es folgt der Nachtragsetat.

Abg. Schmidt-Streit (Dnat.): Trotz der angeblichen Erleichterung durch den Young-Plan kommen Sie aus dem Defizit nicht heraus. Wir fordern genaueren Eintrag des Auswärtigen Amtes, in dessen Buchführung viel Dunkelheit ist. Bei der zehnjährigen Republikfeier hat man für 40 000 M. Republikfähnen gekauft, um damit dem Reichspräsidenten zu zeigen, wie republikanisch Oberhessen ist. Welche republikanische Organisationen sind denn mit 92 000 M. unterfüttert worden? Wir fordern genaue Rechnung über die 300 000 M. Ausgaben zum Schutz der Republik.

Abg. Lorgler (Komm.) begründet den Antrag seiner Fraktion gegen die Erhöhung der Zölle auf Kaffee und Tee, wobei man auf

die nur zum Ausgleich der Geltenwertung 1922 gegebene Ermächtigung zurückgegriffen hat. Wie ist es denn mit der Vermögenszuwachsteuer, die der Reichstag 1925 beschlossen hat? Sie würde freilich die Besteuerten belasten! Die Regierung begründet den Nachtragsetat nicht einmal. Die Reichsteuern entsprechen oder übersteigen die Einnahmen, während die direkten Steuern dahinter zurückbleiben.

Der Nachtragsetat geht an den Haushaltsausschuss, der kommunistische Antrag wird abgelehnt. Um 14 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, den 6. März, 3 Uhr. Zweite Beratung des Young-Plans.

Der Polizeietat.

Kommunisten loben vor leeren Bänken.

Präsident Bartels teilt ein Schreiben des Ministerpräsidenten mit, wonach der Innenminister Grzesinski zurückgetreten und Oberpräsident Dr. Baentlig zu seinem Nachfolger ernannt worden ist.

Hierauf wird die Beratung des Polizeietats fortgesetzt. Abg. Kaufmann (Natzf.) proklamiert die Umschuldung der im Schwedischer Kulturprozess verurteilten Nationalsozialisten.

Abg. Cudner (Christl.-Soz. Volkspartei) bedauert, daß durch den Rücktritt des Ministers die Abstimmung über das Mißtrauensvotum ausgeschlossen sei. Der Christl.-Soziale Volksdienst hätte den großen Unfug dieses Mißtrauensvotums nicht mitgemacht. (Hört, hört!)

Es folgen die Abstimmungen über den Landwirtschaftsetat, bei dem die Reichspartei und Zentrum gegen die Stimmen der Linken eine Reihe von Zusätzen in Form von Resolutionen durchsetzen. Besonders die Forderung nach erhöhtem Weingeld mit 200 gegen 179 Stimmen.

Nach Schluß der Abstimmungen beantragt Abg. Schwenk (Komm.) die Herbeiführung des Ministerpräsidenten. Die kommunistische Partei begrüßt zwar den Rücktritt Grzesinski, verlangt aber Auskunft, warum sofort ohne vorherige Beratung des Landtages ein anderer Sozialist Innenminister geworden sei.

Der Antrag der Kommunisten wird mit 204 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums gegen 183 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei abgelehnt. (Lebhafter Beifall bei den Koalitionsparteien.)

Hierauf wird die Einzelberatung des Polizeietats zu Ende geführt. Es sprechen vor völlig leerem Haus eine ganze Reihe von Kommunisten, denen Abg. Jachert (Soz.) kurz erwidert.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr: Professoren-Heberungs-gesetz, kleinere Vorlagen.

Notopfer für Erwerbslose.

Achtung, Funktionäre! Die Sammellisten zur Unterstützung der Not in besonderer Not befindlichen erwerbslosen Mitglieder sind allen Abteilungsleiter bereits zugestellt worden. — Die politischen Vertrauensleute der Betriebe und die Bezirksführer werden hierdurch ersucht, die notwendige Anzahl Listen sofort bei den Kassierern abzuholen und mit dem größten Eifer darauf zu sammeln. J. M.: **Krieg Bagels.**

1. Kreis Mitte. Die Sammellisten für die Erwerbslosen sind sofort bei den Abteilungsleitern abzugeben. Die Abteilungsleiter müssen am Sonntag, 2. März, in der Funktionsbesprechung die Berechnung mit dem Kreisleiter vornehmen.

2. Kreis Charlottenburg. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich.

3. Kreis Charlottenburg und Spandau. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

4. Kreis Köpenick. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

5. Kreis Tempelhof. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

6. Kreis Prenzlauer Berg. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

7. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

8. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

9. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

10. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

11. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

12. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

13. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

14. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

15. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

16. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

17. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

18. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

19. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

20. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

21. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

22. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

23. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

24. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

25. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

1. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Sitzung am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

Funkwinkel.

„Zum Gedächtnis Friedrich Eberts“ heißt der Vortrag, den der ehemalige Reichspräsident anlässlich des fünfzigsten Todestages des kaiserlichen Reichspräsidenten hält. Es ist ein Aufruf durch die Arbeiterbewegung und gleichzeitig eine Erinnerung an jene Tage, da die Sozialdemokratie den Bestand des Reiches rettete. Eberts Leben zeigt nicht äußerlichen, kalten, sondern einen hinter der ruhigen Außenwelt lebte ein Mann, der auf klare Ziele gerichtet war. Zum zweitenmal gibt der Redner Dr. Karl Fiebig einen Romanentwurf auf. Fiebig selbst betont, daß der Februar nicht reich an aktuellen Ereignissen war. Etwas Sport, etwas Ballspiel und Politik. Radfahrer-Ansprache in dem Verein der ausländischen Presse wird reproduziert, dazu ein Vortrag aus dem Vortrag Hölzer-Mohr und der Orchesterchor. In künstlerischer Beziehung fehlen martale Ereignisse. Die Wiedergabe der Duma-Akte und der „Strelitz“ aus dem „Traudabour“ von Janssen und Joseph Schmidt kronologisch geordnet, fälscht darüber nicht hinweg. Es geschieht viel und doch nur wenig in einem Monat, das der Erinnerung wert ist. Eigentlich könnte aus dieser Uebersicht die Hälfte schmerzlos gestrichen werden. In der aktuellen Mitteilung erzählt Herbert Fiering die Frage, ob der Staat Theater subventionieren soll, anschließend an die Diskussionen um die Krawaller. Er hebt die Aufgabe der Staatsbühnen hauptsächlich darin, für die Zukunft von Theater, Drama und Oper zu sorgen. Die Staatsbühnen müssen eine kritische, ausführende, wertvollere und vorliegende Arbeit leisten. Diese hat bisher nur die Staatsoper am Plan der Republik verrichtet und Iphigenie wendet sich ernstlich gegen alle, die für Schließung dieser Bühne plädieren. Es ist gut, daß hier vor einer großen Öffentlichkeit endlich einmal das Kind beim rechten Namen genannt wird. F. Sch.

26. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

27. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

28. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

29. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

30. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

31. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

32. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

33. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

34. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

35. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

36. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

37. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

38. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

39. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

40. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

41. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

42. Kreis Mitte. Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr. Einbringen sämtlicher Sammelunterlagen erforderlich. — Hilfsvereinsleiter: Kreisleiterkommission am Donnerstag, 6. März, im Saalbau. Beginn um 7 1/2 Uhr.

Karl Ulrich: Raumnöte der Jugend

Eine der größten Unsinnigkeiten, die heute vom Stammtisch zu Stammtisch kolportiert werden, ist die Behauptung, unsere Jugend werde in Fragen öffentlicher Wohlfahrt unnötig verwöhnt. Da wir auf die Jugendherbergen verwiesen, denen es schon mehr als zweifellos, auf Jugendherbergen und Schulheime, und was für Säulen nicht noch. Man verhält sich dabei, als wären mit diesen Einrichtungen bereits alle Forderungen erfüllt, so daß jedes Mehr als ein „Zusatz des Guten“ anzusprechen sei. Wie es in Wirklichkeit mit dieser Bewöhnung der Jugend aussieht, wieweil noch tatsächlich fehlt um nur dringendsten Bedürfnissen gerecht zu werden, kann haben diese Kritiker mitunter ihren willigen Presseorganen seine Meinung.

Wahrscheinlich ein prächtiger Bau hätte ich unlängst jemand sagen, als die Straßenbahn am wirklich stattlichen Klubhaus eines bürgerlichen Jugendbundes vorüberfuhr. Es ist doch unglaublich, was heute der Jugend geboten wird.

Die letzte Bemerkung war typisch. Das Vereinshaus einer besonders günstig gestellten Organisation wird zum Anlaß genommen, die Lage der Jugend schließlich als paradisiatisch zu betrachten. Gewiß, auch die sozialistische Arbeiterjugend hat hier und da einige schöne Heime, doch ihre Zahl läßt sich in den einzelnen Städten, wenn sie hoch ist, an den Fingern zweier Hände abzählen. Dabei ist der Wert keines wirklichen Jugendheimes für Entwicklung und Pflege der Jugend nicht hoch genug einzuschätzen. Ich erinnere mich, daß es eine Zeit gab, in der mir das Jugendheim die Welt war, so daß mir jede Woche inhaltlos verram, die mich am bestimmten Donnerstag nicht im Heim fand. Es war kein ideales Heim, aber es war ein Raum, der Wärme gab, der anheimelte, einem, sowie man ihn betreten hatte, zum Dableiben verlockte. Die schönsten Bilder an den Wänden, die schöne, von unseren Mädchen gestiftete Torte über dem Vortragspult, einfache, aber geschmackvolle Vorhänge vor den Fenstern und freundliche, helle Möbel — alles schuf eine Atmosphäre, die wohl tat.

Wie gesagt, es gibt heute eine kleine Zahl solcher Heime für die proletarische Jugend. Doch wie unendlich trostlos sieht darüber hinaus um die abendlichen Aufenthaltsräume der Arbeiterjugend aus, ganz gleich, in welcher Art Vereinen und Bänden sich diese zusammengeschlossen hat?

Da sitzt irgendwo in einem Stübchen eine Gruppe Jungsozialisten in der Vereinsstube eines Restaurants, einem öblen Räume, der nur dürftig erhell ist. Im Besetzungszimmer läßt es von Anfang an derart laut, daß es dem Vortragenden, den sich die jungen Leute herbeistellen haben, sowie der Jugend selbst höchste und andauernde Anstrengung kostet, sich nicht ablenken zu lassen. Auch Beherrschung und Würde hören fortgesetzt, indem sie immer wieder einmal durch das Zimmer laufen. Die Jugend ist peinlich berührt. Aber sie wagt nichts zu sagen. Vielleicht bezahlt sie nichts für das Zimmer oder nur wenig, und freut sich, daß sie ohne etwas zu bezahlen hier sitzen darf.

Ein Einzelfall? Nein, bestimmt nicht. Nur längst nicht der schlimmste Fall. Da gibt es „Augenheime“, die eher einen Stoß, was sagt ich, einem Jagerschuppen gleichen als einer Unterhaltungsstätte für fleißige Jugendliche und Mädchen. Dem Arbeiter selbst sind diese Zustände bereits als sehr gewöhnlich, daß er sie meist kaum noch beachtet. Darum die Gleichgültigkeit derer, die sich für die Behebung derartiger sozialer Mißstände verpflichtet fühlen müssen. Darum aber auch das Gefühl, wenn einmal ein wirkliches Heim gefordert wird. Selbst einige der von der Jugend aus eigenen Kräften geschaffenen Heime sind weit davon entfernt, gemächlich genannt werden zu können. Da wird für die, die zahlen können, Abend für Abend, bald in diesem, bald in jenem warmen, feierlichen Vereinshaus oder Klubhaus gefeiert, konzernt, gesungen, getanzt. Ich bitte die Damen und Herren, die sich nicht vorzustellen vermögen, daß so etwas auch in einem etwas primitiveren Räume

geschaffen kann, weil es ohne ästhetische Wirkung wäre, mir doch einmal in die kleine, roh gezimmerte Barocke draußen im Arbeiterparozot zu folgen. Auch hier liest man Dichter, auch hier wird konzertiert, gesungen.

Es könnte Ihnen nicht gefallen, meine Dame? Wie, der Raum ist zu häßlich? Aber bitte, das ist spartanische Einfachheit. Hören Sie nur mit wieviel Kraft der junge Mann vorn liest. Es ist eine Dichtung der Bogart, eine jener kräftigen Erzählungen, die sich uns stets wie ein farbenhaftes Bilderbuch öffnen. Trotzdem kostet es dem Manne Mühe, etwas von der unvergleichlichen Stimmung der Erzählung in den kalten Raum zu bannen. Er fühlt keine Atmosphäre. Er hat sicher das Empfinden, sich in einem Vorzimmer eines Bahnhofs zu befinden. Das ist schrecklich für ihn, und ich bin überzeugt, er schlägt denn kein Buch ganz unbefriedigt zu. Und die Tungen und Mädchen da? Sie sind sehr willig, ja wirklich! Aber die nächste Luft können auch sie nicht fassen. Ach Gott, ja, es ist eben nur Arbeiterjugend!

Aber man hat der Jugend doch die Schulzimmer zur Verfügung gestellt? Wird man jetzt einwenden. Und Schulzimmer sind doch groß, hell und sauber! Ja, das hat man. Nur sind Schulzimmer... Doch ich will lieber den Eindruck schildern, den ich einmal nach einem Abend in einem solchen Schulzimmer heimtrug. Ich befand mich wieder einmal auf dem Wege zu einer Jugendgruppe. War es der Umstand, daß ich just von jener Zeit erzählen sollte, mit der sich für mich die Erinnerung an unser Jugendheim unidolisch verknüpft, jedenfalls mußte ich gerade an diesem Abend besonders lebhaft und mit wärmsten Gefühlen an die schönen, reichen und vollen Stunden im Heim denken. Ich erwartete, als ich mich plötzlich vor einem großen Schulgebäude befand, daß sich grau aus der Dunkelheit hob. Erst jetzt besann ich mich, daß diese Gruppe sich ja in einem Klassenzimmer versammelt. Ich stieg also die trüb erleuchteten Treppen zum zweiten Stock hoch, wo mich lauter, auf dem Gang dringender Lärm ins rechte Zimmer wies. Ein langweiliger Raum schloß sich mir auf. Das Jugendheim, juckt mir der Gedanke, und ich bedauerte ganz ungewollt schon jetzt die Jugend, die mit erhöhten Gesichtern, doch sichtlich verlegen zwischen den häßlichen, grauen Bänken stand. Sie hatten sich gebückt, waren durch mich überrascht worden und hatten jetzt das Bild einer leicht komisch wirkenden Momentaufnahme. Doch ich verstand. Was sollen sie hier drinnen? fragte ich mich, auch anderes tun als über Bänke springen und zwischen den Reihen hinjagen? In diesem Räume, der nicht einen Hauch Wärme atmet, der so schrecklich nüchtern erscheint und durch nichts freundlich einladet? Unbegreiflich, wie sich Jugend überhaupt mit einem solchen „Heim“ zufriedengeben, sich überhaupt hier bereinfinden kann.

Mein Eindruck blieb übrigens auch, nachdem sich die Jugend um mich gruppiert hatte. Meine Worte, meine Bilder, meine Erzählungen verflüchteten sich in der Debe der vier Wände, und ich hätte die jungen Leute dichter und immer dichter an mich herannahen mögen, nur um in ihnen das Gefühl der Heimlichkeit zu wecken, daß sie überhaupt nicht zu kennen schienen.

Diese sich im Klassenzimmer badende Jugend, man könnte sie symbolisch nehmen für große Teile der proletarischen Jugend überhaupt. Weil Tausende von jungen Arbeitern und Arbeiterinnen heute keine Möglichkeiten haben, auch mal innerlich zu sein, weil sie weder ein freundliches oder ein gemächliches Zuhause, noch die gemeinsame Jugendstätte haben, die sie brauchen, müssen sie äußerlich sein. Mühen sie unist sein, sich immer unterwegs befinden, müssen sie herumziehen, sich baden, müssen sie Unfug treiben. Ueber die allgemeine Wohnungsnot ist schon manches bittere, manches wahre Wort geschrieben worden, viel zu wenig beachtet hat man seit jeher aber diese Raumnöte der Jugend und ihre Gefahren.

Schalom Asch: Sturm auf das Gemeindehaus

In der Zeitschrift „Petresburg-Warschau-Moskau“ erscheint nach „Petresburg“, dem ersten Teil, die „Ereignisse in der Stadt“, die Namen des arbeitenden Volkes. Aus dem im Bau befindlichen „Petresburg“, erscheinenden Werk von harte Arbeit vermittelnden mit der Gewöhnung des Betrages folgenden Schritten.

Es läßt sich nicht mehr feststellen, wer in den letzten proletarischen Wahlen das Gerücht verbreitet hatte, man ziehe zur Gemeinde, um Rache zu fordern. Dieser Gedanke war wohl allen zugleich gekommen, schon deshalb, weil in Warschau die jüdische Gemeinde die einzige Stelle ist, an die sich die Armut in Zeiten der Not wenden kann. Als Rachel-Beje von ihren Nachbarn begleitet, zum Amtshaus der jüdischen Gemeinde auf der Orzechowikagasse kam, fand sie dort bereits Scharen von Arbeitslosen und Handwerkern aus allen Teilen der Stadt.

Die Türen waren verriegelt und verriegelt, alle Fenster an den Schallern geschlossen. Ohne lange zu überlegen, begann Rachel-Beje mit beiden Händen auf eine verschlossene Tür zu trommeln: „Kohle, Kohle! Wir wollen Kohle!“

Es bedurfte bloß dieses Signals; die Menge brach in einen Klappschrei aus: „Kohle!“ Hundert Hände hämmerten an Wände und Türen und an die Schalter, welche die Beamten ängstlich niedergelassen hatten. Die Füsse stampften den Takt: „Geh! und Kohle! Kohle! Kohle!“

Die Ruhe und der Lärm wurden immer lauter. Da und dort wurde ein Schalterfenster eingeschlagen. Ein breitschultriger Jude, dessen Rücken wie eine Mauer aussah, drängte sich durch die aneinandergepreßte Menge nach vorn und rief: „Kohle! Kohle! Kohle!“

„Sprechen. Seht euch!“ — der Vorsteher mles auf zwei Stühle an dem grünen Tisch.

„Sie haben vor der revoltierenden Menge Angst bekommen“, rief der „Budel“ in triumphierendem Tone und warf Rachel-Beje einen Siegerblick zu.

„Warum sollten sie Angst bekommen? Seid ihr nicht ebenso Juden wie wir? Seid ihr denn Käufer?“ entgegen der schlaue Vorsteher schließlich. „Nehmen Sie Platz, junger Mann!“ — damit wies er dem „Budel“ nochmals den Sessel an. „Der Vorstand hat mich beauftragt, mit Ihnen zu verhandeln.“

„Was?“ rief der „Budel“ wieder mit bedeutungsvollem Blick zu Rachel-Beje: zum Vorsteher mit dem roten Bart gewendet, sagte er mit geringfügiger Beste: „Ach kann auch stehen.“

„Was, was für eine gute Ratscholt bringen Sie? Was wünschen Sie eigentlich?“ fragte der Vorsteher, als wäre er vom Himmel gefallen.

Bei diesem Beginn der Verhandlungen rief Rachel-Beje sogleich die Gehuld.

„Sie wissen nicht, was wir wollen? Sind Sie denn ein Fremder? Wissen Sie nicht, was in der Stadt vorgeht? Die Menschen frieren!“

„Woher sollen wir Kohle nehmen? Haben wir vielleicht eigene Kohlengruben? Uebrigens — da habt ihr die Kesselschlüssel, besorgt selber die Verteilung, übernehmt nur das Vorsteheramt, dann wollen wir sehen, ob ihr auch weiter ein so gutes Herz haben werdet! Meint ihr, einzig und allein ihr hättet das Monopol auf Kohle? Ich habe auch Kohle, ich bin ein ebenso guter Mensch wie ihr. Ihr scheint zu glauben, daß ihr allein alle Güte der Welt gepachtet habt.“

„Wissen Sie, was frieren heißt? Die Kälte läßt die Menschen nicht arbeiten. Sie verheizen ihre letzten Möbelstücke in den Wohnungen, haben kein warmes Plätzchen, wo sie unterkriechen können, — wissen Sie das? Haben Sie eine Meinung davon?“ schrie Rachel-Beje auf.

„Selbstverständlich weiß ich das. Warum sollte ich es nicht wissen? Nun denn, geben Sie uns doch einen Rat, was wir tun sollen.“

„Ich sagte doch schon, da habt ihr die Schlüssel, besorgt auch selbst die Verteilung, übernehmt das Vorsteheramt!“

„Bei Ihnen heißen keine Worte, bei Ihnen heißt nur das...“ — damit hob Rachel-Beje die Faust und ging.

„D, das ist nicht schön! Sie gehören doch zu den besseren Leuten“ — rief ihr der Vorsteher nach.

Während die Menge ungeduldig auf das Ergebnis der Verhandlungen gewartet hatte, erging sie sich in allerhand Illusionen — nicht nur Kohle, sondern auch Kartoffeln, Kraut, vielleicht gar Brot würde die Gemeinde zur Verteilung bringen. Die Wartenden waren überzeugt, dort im Vorsteherzimmer werde jetzt dies alles für sie herbeigeschafft, geradezu aus dem Boden gestampft. Und obwohl ihr Mund das Gegenteil sprach und einer dem anderen zuflüsterte: „Es wird gar nichts herauskommen“, waren ihre Gedanken doch hoffnungslos und die leeren Magen schweißten im Vorgeschmack der ersehnten Speisen.

So läßt sich denn die Enttäuschung und der zornige Klappschrei begreifen, als Rachel-Beje den vor Erwartung geleiteten Augen und Mäulern das niederschmetternde Wort entgegenschickte:

„Es ist nichts zu machen, der Mann hat ein Herz von Stein!“

Hilflos schwieg die Menge einen Augenblick, dann aber stieß jemand einen Schrei aus; es war Rotche, der „Budel“, der nach Rachel-Beje in den Vorhof trat:

„Es gibt nur ein Mittel: Gewalt!“

Beim Worte „Gewalt“ schoß eine Flamme in der erregten Menge empor. Feuer flackerte in den Augen auf. Selbst die stets ruhigen schäftlichen Juden machten heftige Schautbewegungen beim Gebet, lauten fassungslos die frostscheuigen Härte und murmelten erregt:

„Das ist unerhört!“

„Nicht einmal ein Tatare hätte das Herz, Menschen so zugrunde gehen zu lassen!“ jammerien die Frauen.

Aus der Menge schob sich Chaim „Fied“ nach vorne. Die Hände tief in den Hosentaschen vergraben, schritt er mit zuckenden Achseln auf die Tür zu. Seine Augen, besonders das halbgeschlossene mit der Narbe, blickten unheilvollendend. Er trat auf Rachel-Beje zu und brummte:

„Was haben wir jetzt zu tun, Lehrerin? Geben Sie uns Befehl...“

„Weshalb nicht, was wir zu tun haben?“ rief Betsel, „Wenn der mir unter die Hände kommt!“

Die Erregung der Menge stieg immer höher; sie schien bereit, auf einen Wink und ein Wort Rachel-Bejes den Vorsteher mit dem roten Bart zu Staub zu zermalmen, wenn er sich zeigte.

Und der Vorsteher zeigte sich. Plötzlich stand er in der Tür. Mit schrecklichem Gesicht blickte er solbungslos in die Menge, mochte eine höfliche Verbeugung und rieb sich die Hände. Hunderte von Augen wandten sich ihm zu; sie glänzten in phosphoreszierendem Licht wie geriebener Schwefel, der nur eines Funken bedarf, um eine Flamme emporzuschleusen zu lassen. Dennoch schwieg die Menge, sprachlos vor Erregung und neuerlicher Erwartung, was der Vorsteher wohl zu sagen habe. Ohne die düsteren Miemen und Blicke zu beachten, begann er, sich wieder die Hände reibend, mit der ungeschuldigen Frage:

„Habt ihr Kohle oder etwas anderes?“

„Selbstverständlich Kohle!“

„So meinet euch an! Die Gemeinde hat bereits alle Verteilungen getroffen. Die Ausgabe von Kohlenanweisungen hat begonnen.“

Freudig überrascht atmete die Menge auf.

„Und Kartoffeln, Ueber Herr?“ fragte eine hoffnungslos singende Mutterstimme.

„Wir werden auch Kartoffeln verteilen“, erwiderte der Vorsteher. „Mit der Zeit werden wir auch noch andere Nahrungsmittel verteilen. Meint ihr vielleicht, die da werden auch etwas geben?“ — damit deutete er auf die erstaunte Rachel-Beje und den „Budel“.

„Glaubt ihr, es geht ihnen um eure Kohle? Es geht ihnen doch um etwas anderes“ — die letzten Worte deutete der Vorsteher in bedeutungslosem Talmuttsingung und begleitete sie mit vielstündigem Augenwinkern und ebensolchem Nicken: „Sehehe.“

„Hundert Jahre sollen sie leben, Herr Vorsteher, — wann wird die Verteilung beginnen?“

„Bald, natürlich bald. Um keine Minute zu spät! Glaubt ihr denn, ihr werdet von diesen da etwas haben?“ — wieder deutete er, schon mutiger geworden, auf Rachel-Beje, die sich in eine Ecke zurückgezogen hatte. „Glaubt ihr, es liege ihnen viel an eurer Kohle? Es geht ihnen doch um etwas ganz anderes, hehehe!“

Und hellere, tuberkulose verschleimte Stimmen lachten jetzt wahrhaftig laut mit: „Sehehe, es geht ihnen um etwas ganz anderes.“

„Sieher Herr Vorsteher, Sie sind doch unser einziger Ernährer!“ — eine Frau streckte ihm ihr schmutziges Kind entgegen. „Sieher Herr Vorsteher, Sie sind wie ein Vater für unsere Kinder!“

„Nächst Gott er, nächst Gott er!“ — damit deuteten die Frauen auf den Rothbart.

Rachel-Beje und ihre Garbe zogen beschämt ab.

Das Grauwerden der Haare

Nach Weischnoff beruht das Grau- und Weißwerden unserer Haare darauf, daß die Pigmentkörner, die das Mark eines Haares enthält, von wandernden Zellen absorbiert werden, die sie in den Blutlauf hineinführen, während sich im Inneren der Hohlräume des Haares Luft ansammelt. Diese Veränderung kann erst dann eintreten, wenn die Haarzellen wegen zunehmender Entfröpfung nicht mehr imstande sind, ihren Inhalt festzuhalten, oder infolge einer übermäßigen Tätigkeit der wandernden Zellen, die Chromophagen genannt werden.

Eine ähnliche Erscheinung tritt bei gewissen Tieren ein, deren Haarpelz im Winter bleicht, wofür das Hermelin ein typisches Beispiel ist, das in der milden Jahreszeit oberseits braunrot gefärbt, in der rauhen dagegen am ganzen Körper weiß ist (bis auf die immer schwarze Schwanzspitze). Ebenso wird das oberseits bräunliche Elchhörnchen winters im hohen Norden häufig weißgrau, bisweilen auch ganz weiß oder gelblich. Auch Trauersart wälzt sich bei diesen und verschiedenen anderen Tieren das Bleichen der Haare unter der Einwirkung der Kälte durch denselben Mechanismus wie das Grauwerden der Haare beim Menschen infolge des Alters oder heftiger Gemütsbewegungen. Auch bei Säugtieren, deren Pelz nicht in solcher Weise periodisch bleicht wird, vermag übrigens ein plötzlich einsetzender heftiger Frost dieselbe Erscheinung herbeizuführen. Einmalig, daß ein Lemming, der an zwei Vormittagen einer Kälte von 30 Grad unter Null ausgelegt wurde, in acht Tagen beinahe vollständig weiß wurde.

